

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 M.  
Im voraus zahlbar. Vierteljahr 4,20 M.  
einzelne Bestellgelder. Auslandsendungen  
monatlich 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Illustrierte Beilagen „Hoff  
und Zeit“ und „Küsterfreund“, „Hörner  
Unterhaltung und Wollen“, „Frauen-  
stimme“, „Licht“, „Bild in die  
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag

8. Februar 1929

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration  
des Vermögens, welche eine in Reichs-  
markt, „Kleine Anzeigen“ des ein-  
seitigen Wert 25 Pfennig (zwei-  
seitig: vier Pfennig), jedes weitere Wort  
2 Pfennig. Preisveränderung des ersten  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Jahres 60 Pfennig. Familienanzeigen für  
Abonnenten Jahres 40 Pfennig. Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäft, Unter-  
den-Linden 2, wochentlich, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Tändhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 556 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Wallstr. 65 Diskontogeldinstitut, Depositenkasse Lindenstr. 9

## Es gibt keine Krise.

### Ruhige Auffassung der Lage nach dem Austritt des Zentrums.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

Der Austritt des Zentrums aus der Reichs-  
regierung ist von der Öffentlichkeit im allgemeinen sehr ruhig  
aufgenommen worden und das hat seinen Grund wohl in der An-  
nahme, daß die Oppositionsstellung der Partei, die zehn Jahre hin-  
durch an allen Kabinetten beteiligt war, nicht von langer Dauer  
sein werde.

Was soll nun weiter werden? Wir sagen ganz offen,  
daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer schwer ertragbar ist.  
Wir werden, wenn keine Verständigung erfolgt, schließlich vor die  
Notwendigkeit der Reichstagsauflösung gestellt werden. Kann dieser Ausgang irgendjemanden wünschenswert er-  
scheinen, der den Parlamentarismus in Deutschland bejahet? Sollten  
nicht alle Teile auch jetzt noch bemüht sein, den Weg zu einer  
schnellen Einigung zu finden?

Möglichkeiten sind doch sicherlich vorhanden. In der „Germania“  
ist davon die Rede, daß Herr Kaas sich bereit erklärt habe, die von  
der Deutschen Volkspartei gewünschte zahlenmäßige Vertretung von  
zwei Ministern in einem Kabinett der Großen Koalition in Preußen  
vom Reich aus zu erwirken. Das ist zweifellos übertrieben. So  
deutlich hat sich Herr Kaas nie ausgesprochen; und in dem Zen-  
trumsbeschluss vom Mittwoch hieß es ja auch nur, daß der Partei-  
vorstand bereit sei, die preussische Zentrumsfraktion zu  
helfen, der Volkspartei zwei Minister zuzugestehen. Aber in dem  
von demselben Vorstande gegebenen Bericht über die Sitzung des Ge-  
schäftsführenden Vorstandes der Zentrumsfraktion wird doch mitgeteilt,  
daß die anwesenden Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion sich  
bereit erklärt hätten, der volksparteilichen Landtagsfraktion zwei Mi-  
nisterstellen im preussischen Kabinett zuzugestehen, wenn Dr. Kaas sie  
als Vorsitzender der Partei darum ersuche.

Wir wollen nicht in eine Erörterung darüber eintreten, ob das  
alles bei den Mittwoch-Besprechungen der Fraktionen mit dem  
Reichsanwalt klar genug ausgesprochen worden ist. Aber hier scheint  
doch eine Basis zu sein, auf der neue Verhandlungen mit  
Ausblick auf Erfolg geführt werden können. Es ist nur etwas  
guter Wille und die Bereitwilligkeit zum Verzicht auf formalisti-  
sche Spitzfindigkeiten vonnöten. Dieser gute Wille sollte vorhanden  
sein in einem Augenblick, wo es nicht darauf ankommt, sich und die  
anderen an die Verdienste zu erinnern, die man sich durch opfervolle  
Mitarbeit in allen Kabinetten in der Vergangenheit um die deutsche  
Republik erworben hat, sondern wo sehr viel aufs Spiel gesetzt wird,

wenn man aus Rechthaberei oder aus Rücksicht auf die Parteipolitik  
oder auch aus besseren Gründen sich nicht entschließt, einem Zustand  
gefährlicher Unsicherheit ein schnelles Ende zu bereiten.

### Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht zur politischen Lage fol-  
gende Erklärung:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nimmt mit  
Bedauern Kenntnis von dem Beschluss der Zentrumsfraktion, ihren  
Minister aus der Reichsregierung zurückzuziehen. Sachliche Gründe  
für diese Entscheidung vermag sie nicht anzuerkennen, besonders da  
die außenpolitische Lage und die Finanznot des  
Reiches mehr denn je eine tragfähige Mehrheit im Reichstag  
erfordert. Die Ablehnung der wohlbegründeten Forderung der  
Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige und gleichmäßige Regelung  
der Zusammenlegung der Regierungen in Preußen und im Reich  
durch das Zentrum berührt um so eigenartiger, als dieses Verlangen  
nicht nur von den übrigen beteiligten Parteien, sondern auch vom  
Zentrum selbst bereits vor Weihnachten und erneut in der gestrigen  
Besprechung der beteiligten Minister als berechtigt anerkannt ist.“

Die Fraktion begrüßt den Entschluss des Reichskabinetts,  
in dieser verantwortungsvollen Stunde im Amt zu verbleiben.  
Sie hält sich nach Ausscheiden des Zentrums für doppelt verpflichtet,  
in der Reichspolitik dafür zu sorgen, daß bei dem notwendigen Aus-  
gleich die Interessen der nicht durch die Sozialdemokratie vertretenen  
Volksteile gewahrt bleiben.“

### Auch die Bayerische Volkspartei erklärt.

Die Reichstagskorrespondenz der Bayerischen Volkspartei  
schreibt u. a.: Der Beschluss der Bayerischen Volkspartei auf vor-  
läufige Belassung des Ministers in der Regierung beruht einmal  
auf der Tatsache, daß die Fraktion der Bayerischen Volkspartei, wie  
der Gang der Verhandlungen zeigt, an diesem Konflikt nicht be-  
teiligt war, ferner auf der Tatsache, daß nach wie vor keine koalitions-  
mäßigen Bindungen verlangt werden, und schließlich darauf,  
daß die bisherigen Grundlagen für die Arbeit der Regierung nicht  
geändert erscheinen.

### Koalitionsverhandlungen in Preußen.

Der preussische Ministerpräsident Braun hat die preussischen  
Regierungsparteien, Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten,  
auf Freitag nachmittag, 3 Uhr, zur Besprechung der Koalitions-  
frage eingeladen. Auch an die Deutsche Volkspartei ist eine Ein-  
ladung zu dieser Sitzung des interfraktionellen Ausschusses er-  
gangen.

Die deutsche Delegation ist unverändert, wie angekündigt, jedoch  
ist Dr. Breitscheid, der als Fraktionsvorsitzender in Berlin geblieben  
ist, durch Stampfer ersetzt worden.

### Die vier Väter des Vertrages.

Stresemann — Jaleski — Briand — Kellogg.

Warschau, 7. Februar.

In seiner heutigen Sitzung hat der Sejm nach einem  
Exposé des Außenministers Jaleski einstimmig in zweiter  
und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Ratifi-  
zierung des Kellogg-Paktes angenommen.

Außenminister Jaleski machte vor der Abstimmung  
in einer Rede darauf aufmerksam, daß der Grundgedanke  
zu dem Kellogg-Pakt von Polen ausgegangen sei.

Jaleski spielt mit seiner Bemerkung auf den Beschluss der  
Völkerbundversammlung vom Jahre 1927 an, der auf polnische  
Initiative hin zustandekam und den Angriffskrieg verdammt. So  
gefallen sich zu Briand, den die Franzosen wegen seines Vorschlages  
an Amerika, und zu Kellogg, den die Amerikaner als Vater des  
Paktes bezeichnen, noch Jaleski hinzu. In einem so edlen Weltstreit  
braucht allerdings Deutschland nicht zurückzubleiben. Da der wesent-  
liche Inhalt des Kellogg-Paktes der Verzicht auf den Krieg ist, so  
geht er auf den Vertrag von Locarno und die deutsche Initiative  
vom Februar 1925 zurück ...

Über wäre es nicht weitaus besser, wenn die Staatsmänner auf-  
hören würden, sich und die eigene Nation zu loben und statt dessen  
die Verdienste der anderen zu preisen! Selbstlob bringt noch  
immer in schlechten Geruch.

### Abreise der deutschen Sachverständigen.

Die deutschen Sachverständigen zur Pariser Repara-  
tionsbesprechung sind gestern abend von Berlin nach Pa-  
ris abgereist.

## Spanien unter Diktatur.

### Stagnation in Wirtschaft und Politik.

Seit dem September 1923 steht Spanien unter Diktatur.  
Die Aufstandsbewegungen, die von Zeit zu Zeit der euro-  
päischen Öffentlichkeit davon Kunde geben, daß es unter  
der Oberfläche gärt, haben scheinbar meist nur militärischen  
Charakter und werden oft auf den Gegensatz zwischen den  
eigentlichen Spaniern und den Kataloniern zurückgeführt.  
Aber gerade dieser Gegensatz ist keineswegs nur ein nation-  
aler. Katalonien, an der Nordostküste des Landes  
südlich der Pyrenäen gelegen, ist das Industriezentrum, hier  
gibt es auch eine starke industrielle Bourgeoisie,  
deren Interessen denen des Adels und des Groß-  
grundbesitzes in vielen Dingen entgegenstehen, und  
ebenso ein nennenswertes Industrie-proletariat.

Noch schärfer als dieser Gegensatz jedoch ist die soziale  
Kluft zwischen den Großgrundbesitzern und der indu-  
striellen Bourgeoisie einerseits und der Masse der Bauern  
und Arbeiter andererseits. Die soziale Lage Spaniens ent-  
spricht durchaus dem Bild, das bereits die großen Städte  
dem nach Spanien kommenden Fremden bieten: luxuriöse  
Boulevards, zwecklos, mit Brunnen überladene Hochhäuser  
mit glänzenden Fassaden, Balast neben Balast, und dicht  
daneben unansehnliche, meist schmutzige Nebenstraßen.

Wenn auch heute noch in Spanien die Produktiv-  
kräfte nur wenig entwickelt sind, wenn die land-  
wirtschaftliche wie die industrielle Produktion auch technisch  
meist stark zurückgeblieben ist, so deutet das auf eine Art  
Nationalität der herrschenden spanischen Klasse hin,  
auf ihre Unfähigkeit, die zur Verfügung stehenden Kräfte und  
Schätze irgendwie nutzbringend zu verwerten. Man er-  
innere sich daran, daß Spanien vor einigen Jahr-  
hundertern Europas stärkster und reichster  
Staat war, der die Reichtümer des amerikanischen Kontinents  
geraubt hatte und jahrhundertlang den größten  
Teil Süd- und Mittelamerikas ausbeuten konnte. Der  
spanische Adel und ebenso der Klerus konnten dank dieser  
Basis einen glänzenden Luxus entfalten, aber die Masse der  
Bevölkerung blieb ebenso arm wie vormals. Auch während  
des Weltkrieges konnte sich Spanien als neutral gebliebenes  
Land von neuem bereichern, doch sind die sichtbaren wirt-  
schaftlichen Ereignisse nur gering geblieben. Spanien ist  
mit Naturschätzen vieler Art gesegnet. Es verfügt über  
Eisen-, Kupfer-, Blei-, Zink- und Zinnerze, über Phosphat,  
Schwefel, Stein- und Braunkohle, es hat große Wasserkräfte;  
aber bezeichnenderweise ist an der Ausbeute dieser Schätze  
zu einem sehr erheblichen Teil ausländisches Ka-  
pital (englisches, französisches und auch deutsches) be-  
teiligt. An diesem Zustand hat auch ein Dekret des Dik-  
tators Primo de Rivera aus dem Jahre 1924 nichts ge-  
ändert, wonach alle Direktoren industrieller Gesellschaften  
Spanier sein müssen und ebenso 80 Proz. der Angestellten  
und 75 Proz. des Kapitals spanisch sein sollen.

Die Diktatur ist bestrebt, die mangelnde Fähigkeit  
der herrschenden Klasse durch Gewaltmaßnahmen  
verschiedener Art zu erziehen, die Produktivkräfte auf  
Kosten der breiten Bevölkerung, unter Beibehaltung  
niedrigerer Löhne, mit verstärktem Steuerdruck zu  
heben und auch die außenpolitische Position Spaniens durch  
Verstärkung der imperialistischen Tendenzen wieder zu ver-  
größern.

Was die landwirtschaftliche Produktion  
betrifft, so ist sie gegenwärtig wohl etwas höher als vor dem  
Kriege, aber sowohl technisch als auch, was damit zu-  
sammenhängt, den Produktionsergebnissen nach weit  
hinter anderen Ländern zurück. Im Jahre  
1927 betrug der durchschnittliche Ertrag von je einem Hektar  
bei Weizen und Roggen rund 9 Doppelzentner gegenüber  
14 bis 19 Doppelzentnern in Deutschland. In Spanien  
wird dieser Rückstand damit entschuldigt, daß der spanische  
Boden schlechter sei als in den meisten europäischen Ländern;  
in Wirklichkeit wäre es aber sehr wohl möglich, durch  
bessere Bodenbewässerung, Verwendung von Kunstdünger,  
Benutzung moderner Maschinen usw. die Ernterträge noch  
sehr erheblich zu steigern.

Eine besonders schwache Entwicklung zeigt die spanische  
Fertigungsindustrie, die nicht in der Lage ist, den Be-  
darf der 22 Millionen zählenden Bevölkerung an wichtigen  
Konsumgütern zu decken. Primo de Rivera hat, weniger  
aus wirtschaftlichen, als aus politischen Erwägungen, zu-  
gunsten der katalonischen Industrie verschiedene Schutzmaß-  
nahmen durchgeführt. Subventionsgelder bewilligt, hohe  
Zollbarrieren aufgerichtet, wodurch sich die Lage der  
industriellen Bourgeoisie zweifellos zunächst ge-  
bessert hat. Für die Reichstumsvermehrung dieser  
Klasse zeugt zum Beispiel die Tatsache, daß sich allein in der  
Zeit von 1926 bis 1927 die Zahl der Kraftfahrzeuge von  
76 000 auf 135 000 vermehrt hat. Demgegenüber ist die  
Vermehrung der industriellen Produktion, soweit sie überhaupt  
eingetreten ist, nur gering gewesen.

Wie groß in Spanien die Arbeitslosigkeit ist, darüber  
berichtet keine Statistik. Was die Höhe der Löhne  
betrifft, so ist sie in Madrid und in einigen anderen Städten

## Ausdehnung der Krisenfürsorge

### Sozialdemokratische Anträge im Ausschuss angenommen.

Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten nahm am  
Donnerstag bei Behandlung der Anträge zur Erweiterung der  
sozialdemokratischen Anträge mit Mehrheit an, der  
die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und die all-  
gemeine Verlängerung der Bezugsdauer für die Krisenunterstützung  
auf 52 Wochen forderl. Der dritte Teil des Antrags, betreffend den  
Wegfall jeder Beschränkung der Bezugsdauer für Unterstützung-  
empfänger über 40 Jahre wurde zurückgezogen zugunsten einer Ent-  
scheidung, die Annahme fand.

Zu einem Antrag Moldenhauer (DVP) - Schneider  
(Dew.), der für die älteren Angestellten die Krisenfürsorge allgemein  
mindestens bis zum 1. Mai 1929 ausdehnen will, wurde ein sozial-  
demokratischer Zusatzantrag angenommen, der dieselbe  
Verlängerung auch für die Arbeiter verlangt. Der so er-  
weiterte Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Deutschen  
Volkspartei und der Deutschnationalen — mit Ausnahme der  
Angestelltenvertreter — angenommen.

## Die Vierländerkonferenz.

### Deute vormittag Eröffnung.

London, 7. Februar. (Eigenbericht.)

Die Sozialistische Vierländerkonferenz beginnt Freitag 10 Uhr  
vormittags hier im Hause des Transportarbeiterverbandes, das  
außer einer Reihe Gewerkschaften die ausgedehnten Arbeiterrelie-  
forganisationen beherrscht. Die erste Sitzung wird vermutlich eine  
Rede Macdonalds eröffnen, der den Vorsitz führen dürfte.  
Infolge der Grippe sind in den Landesdelegationen Verände-  
rungen eingetreten. Die endgültige Zusammenlegung der Dele-  
gationen zur Vierländerkonferenz ist: England: Suzanne  
Lawrence, Macdonald, Morreison, Snowden, Graham, Tom Shaw,  
Cramp, Dalcon; Frankreich: Brade, Renaudel, Couquet, Auriol,  
Grimbach; Belgien: Roosbroeck, de Brouckere.



für einzelne Arbeiterkategorien vielleicht noch erträglich. In Madrid bekommt ein Eisenarbeiter einen Stundenlohn von 1,50 Peseta, ein ungelernter Maschinenarbeiter 0,88, ein Maschinensetzer 1,60, ein Zimmerer 1,63 Peseta. (Gegenwärtig ist ein Peseta etwa soviel wie 60 Pf.) Wesentlich geringer sind die Löhne in der Provinz, insbesondere in den Bergwerken. Im Steinkohlenbergbau schwankt der Stundenlohn für Untertagearbeiter zwischen 1,57 und 0,70 Peseta, d. h. zwischen 1 M. und 45 Pf.; in den Eisen- und Bleigruben liegt der Stundenlohn zwischen 1,03 und 0,80 Peseta, d. h. zwischen 60 und 40 Pf. Andererseits sind in Spanien die Preise für alle Lebensmittel auch heute noch fast doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Nach dem offiziellen spanischen Index lagen in den ersten Monaten des Jahres 1928 die Lebenshaltungskosten um 75 bis 80 Proz. über denen des Jahres 1913. Der Chef des Statistischen Amtes für die Entwicklung der Staatsarbeit, N. A. Vandellos, meinte vor einigen Monaten: „Spanien, das dasjenige Land Europas war, in dem zunächst die Preise am wenigsten stiegen, ist heute von den neutralen Ländern das teuerste.“ Preisentgangssituationen Primo de Rivera sind bisher durchweg ergebnislos verlaufen.

Praktisch hat die Diktatur sogar alles getan, um durch erhöhte Steuer- und Zollsätze dafür zu sorgen, daß die Belastung der Wirtschaft und der Bevölkerungsmassen mit Staatsabgaben aller Art sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, beliefen sich die Steuer- und Zolleinnahmen Spaniens 1913/14 auf 54,6 Pesetas, 1924/25 auf 112,4 und 1928 auf 127,6 Pesetas. Den stärksten Anstieg an dieser Steigerung zeigen die Zölle, die sich pro Kopf der Bevölkerung errechnen, von 9,9 Pesetas 1913/14 auf 25,7 Pesetas 1928 haben. Der spanische Staatshaushalt verzeichnete 1914 eine Gesamteinnahme von 1,09 Milliarden, 1928 aber 2,72 Milliarden Pesetas.

Vor allem infolge der geringen industriellen Entwicklung ist der Außenhandel Spaniens trotz der Maßnahmen der Regierung zur Erleichterung der Einfuhr und Forcierung der Ausfuhr stark passiv geblieben: im Jahre 1927 war die Einfuhr Spaniens um fast 700 Millionen Pesetas größer als die Ausfuhr. Der wichtigste Teil der Einfuhr entfällt auf industrielle Fertigwaren, während Rohstoffe und Nahrungsmittel (Obst, Gemüse, Wein) den wichtigsten Teil der Ausfuhr bilden. Die anhaltend große Passivität des Außenhandels ist Veranlassung, daß Primo de Rivera im Interesse der spanischen Industriellen einen neuen Zolltarif mit abermals höheren Sätzen ausarbeiten läßt, der zu einer weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten führen muß.

Das politische Leben in Spanien ist verhältnismäßig wenig entwickelt. Das Parteilieben, auch das bürgerliche, spielt in Spanien nur eine geringe Rolle, bei den Arbeitern ist das Klassenbewußtsein in den Massen meist noch nicht erwacht, von den vier Millionen Arbeitern sind noch nicht 600 000 gewerkschaftlich organisiert; auch heute noch wirkt insbesondere der Einfluß der Kirche lähmend auf die Entwicklung politischer Kräfte bei den Arbeitern und noch mehr bei den Bauern.

Es ist das Land der absoluten Stagnation, dem die Diktatur Primo de Riveras den politischen Stempel aufdrückt.

### Poincaré's Irrtümer. Die deutschen Propagandaausgaben.

Die veröffentlichte folgende Gewandung auf eine durch das Bureau des französischen Ministerpräsidenten veröffentlichte Erklärung zur Rede Poincaré's, in der er die Propaganda-Ausgaben im Reichshaushalt auf 94 Millionen Mark beziffert hat. Dieser Betrag wird in der Erläuterung aus einzelnen Titeln des Haushalts für den Reichshaushalt 1927 zusammengezeichnet.

Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß bei den von Haas angeführten einzelnen Positionen teilweise erhebliche Irrtümer unterlaufen sind. So sind z. B. 20 Millionen Mark für die Zahlung von Zuschüssen an Kinos aufgeführt, eine Ausgabe, die im Reichshaushalt für 1927 überhaupt nicht vorhanden ist. Bei anderen Ausgaben, wie z. B. dem Betrag für das wirtschaftliche Nachrichtenwesen, sind die Zahlen unrichtig wiedergegeben. In Wirklichkeit sind im Etat für 1927 für die Beschaffung wirtschaftlicher Nachrichten aus dem Ausland nicht 7 Millionen Mark, sondern nur 500 000 M. eingezeichnet und bewilligt worden.

Das wesentliche ist aber, daß die Aufstellung von Haas eine Reihe von Ausgaben anführt, die mit Propaganda überhaupt nichts zu tun haben. So sind 8 Millionen Mark für die Regimenter der deutschen Wissenschaft aufgeführt, eine Ausgabe, die lediglich der Beschaffung wissenschaftlicher Werke, der Drucklegung von wissenschaftlichen Publikationen und ähnlichen Zwecken in Deutschland dient. Große Summen, wie die für das Ruhrgebiet, die besetzten Gebiete und Ostpreußen, in Höhe von 37,5 Millionen Mark werden ausschließlich für wirtschaftlich notwendige Bevölkerungssteile des eigenen Staatsgebietes verausgabt, so daß in keiner Weise eine Verwendung im Ausland in Betracht kommt. Ebenso erstaunlich ist es, daß in der Aufstellung die Ausgaben für die Technische Reichshilfe mit 2,5 Millionen Mark aufgeführt werden, die allein der inneren Verwaltung dienen.

Wenn man alle diese Irrtümer berücksichtigt, ist ohne weiteres ersichtlich, wie wenig begründet die Angaben über die Höhe der deutschen Propaganda-Ausgaben sind. Eine auch nur oberflächliche Prüfung des deutschen Etats zeigt, daß die wirklich für Propaganda im Ausland angelegten Beträge nicht im entferntesten die von Herrn Poincaré angegebene Summe erreichen. Selbst wenn man den Begriff der Propaganda im Ausland sehr weit faßt, können dazu aus dem Etat von 1927 nur folgende Titel gerechnet werden: ein Betrag von 8 Millionen Mark für geheime Ausgaben (inzwischen herabgesetzt auf 8 Millionen Mark), ein Betrag von 2,7 Millionen Mark für die Förderung des Nachrichtenwesens im Ausland und endlich ein Betrag von 6 Millionen Mark für kulturelle und humanitäre Zwecke im Ausland, von dem allein 4,5 Millionen Mark für die deutschen Schulen im Ausland festgelegt sind. Bei allen anderen Titeln, die das Gebiet der Propaganda berühren, handelt es sich um Ausgaben, die ausschließlich für das Inland bestimmt sind.

Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Berufsstände, auch in Landwirtschaft und Seefahrt, bestimmt eine Verordnung, der der Reichsrat zugestimmt hat; ebenso einer Verordnung, die die Revisionssumme im Zivilprozeß von 4000 auf 5000 Mark erhöht.

Kirchenswang für die südslawischen Beamten. Der Verkehrsminister der Belgrader Diktatur verpflichtet alle Beamten, Sonntags und Feiertags die Kirche zu besuchen.

# Der Gotteslästerungsparagraf.

## Die Sozialdemokratie beantragt Streichung.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit den Religionsdelikten, zu denen die Störung des religiösen Friedens und der Totenruhe gehört. § 160 des Strafgesetzbuchs bedroht mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe denjenigen, der öffentlich eine im Reiche bestehende Religionsgesellschaft, ihren Glauben, ihre Einrichtungen oder ihre Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, das Empfinden ihrer Angehörigen zu verletzen.

Abgeordneter Dr. Marx begründete für die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf Streichung des § 160.

Zur Begründung dieses Antrages führte er aus, daß mit diesem Antrage in keiner Weise die Güter der Religion gemindert werden sollten. Es sei die Pflicht eines jeden Menschen, bei der Kritik von Dingen, die anderen heilig seien, in der Form Maß zu halten. Deshalb sei es aber noch nicht notwendig, diese Toleranz durch die Androhung von Strafen zu erzwingen. Nach sozialdemokratischer Auffassung sei die Religion Privatsache jedes einzelnen und sei die Trennung von Staat und Kirche notwendig. Demgemäß dürften die Religionsgesellschaften keine andere Stellung haben als die von privaten Vereinen und auch der staatliche Schutz bei den Religionsgesellschaften nicht weitergehen als bei diesen Vereinen. Es gehe doch zu weit, schon bei Annäherung von Kränk- oder Schimpfsworten Strafe vorzusehen. Auch die alten Propheten hätten sich des übertrieben scharf geäußert. Diese wären nach der heutigen Rechtsprechung wegen Beschimpfungen vor Gericht gestellt worden. Bei einer Kritik einer Religionsgemeinschaft in solcher Form könne diese sich selbst zur Wehr setzen, ohne das Strafgericht anzurufen. Liege aber nur eine gewöhnliche Schimpferel vor, so sollten die Kirchen über solche Dinge mit souveräner Berachtung hinweggehen.

Nach dem Entwurf sollten die Kirchen in höherem Maße geschützt werden als der Staat, das sei gewiß nicht richtig.

Die heutige Rechtsprechung könne vielfach nicht gebilligt werden. So sei es sehr bedauerlich, daß man dem Kaiser Graf den Prozeß wegen Beschimpfung der Einrichtungen der Kirche gemacht habe, weil er eine Zeichnung Jesus am Kreuz mit der Gasmaske und Rüstungsbleien dargestellt habe. Groß habe sicherlich seine rohe Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen gemollt, sondern lediglich einen antimilitarischen Gedanken künstlerisch darstellen wollen. Selbst zum Schutze des Wanders von Kommerkreuz seien Staatsanwälte eingeschritten. Während des Krieges sei es vorgekommen, daß ein Pfarrer Jesus mit Maschinengewehren in Verbindung gebracht habe. Das sei gewiß ein religiöser Mann gewesen, der die Kirche nicht habe beschimpfen wollen. Nach der heutigen Rechtsprechung hätte man auch gegen ihn vorgehen müssen. Der sozialdemokratische Antrag müsse angenommen werden, um nicht Kritik an der Kirche und ihren Einrichtungen unmöglich zu machen. Das mindeste sei, daß nur bei Beschimpfungen einer Religionsgemeinschaft in gemelter Absicht eine Bestrafung in Frage kommen dürfe. In der vorgeschlagenen Form sei § 160 für die Sozialdemokraten unannehmbar.

Abg. Maslowski (Komm.) trat ebenfalls für die Streichung ein. Abg. Biermann (Dem.) erklärte sich gegen die Streichung, weil das religiöse Empfinden geschützt werden müsse. Eine Einschränkung der Prozesse sei aber notwendig.

Jede Einschränkung der freien Meinungsäußerung müsse verhindert werden. Die Freiheit künstlerischen und literarischen Schaffens müsse gewahrt werden.

So müsse die Strafbestimmung von einem Verlangen der betroffenen Religionsgemeinschaft abhängig gemacht werden. Abg. Hanemann (Dnail.) hob hervor, daß beim Angriff eines Glaubensbekenntnisses Bestrafung möglich sein müsse, wenn die Absicht erkennbar sei, nicht zu kritisieren, sondern auch heranzureißen. Bedauerlich sei, daß z. B. der „Vorwärts“ nach der Wahl Hugenbergs in satirischer Form Hugenberg mit dem Erlöse verglichen habe. Eine Strafbestimmung gegen Beschimpfungen einer Religionsgemeinschaft sei notwendig.

### Vom bayerischen Titelunfug.

Die bayerische Regierung beruft sich auf Herrn Schiele.

München, 7. Februar. (Eigenbericht.)

Die Nachricht von der Abhebung der Reichsregierung beim Staatsgerichtshof wegen der bayerischen Titelverleihungen ist von der bayerischen Regierung mit recht gemischten Gefühlen, von weitesten Kreisen der Bevölkerung mit unerbittlicher Freude aufgenommen worden. Die Verhabe der Bürgerkriegspreffe, den Reichsinnenminister Seegering der Bevölkerung von neuem als den schwarzen Mann für die bayerischen Belange zu diskreditieren, wird deshalb kaum verfangen.

Die Regierung hat bereits sich inzwischen, ihren Intentionen zu versichern, daß sie ihren Streit gegen die Reichsregierung seinerzeit nicht ohne eine Zeitweilige Unterbrechung unternommen habe. Sie behauptet, daß ihre Titel immer nur mit Beziehung auf ein Amt oder einen Beruf verliehen worden sind. Diese Auffassung sei der Reichsregierung damals anlässlich zur Kenntnis gebracht worden; Widerspruch habe sie keinen gefunden. Dabei muß man allerdings wissen, daß diese Reichsregierung das erste Reichskabinett Luther (1925) gewesen ist deren Verfassungsministerium dem geschworenen deutschnationalen Verfassungsfeind Schiele anvertraut war. Es ist also sehr begreiflich, daß es der bayerischen Regierung unter den heutigen Umständen mit der an sich nur negativen Widerlegung nicht gerade wohl zumute ist.

### Sie möchten Orden haben.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist sehr ärgerlich, daß Seegering gegen den verfassungswidrigen bayerischen Titelunfug vorgeht. Warum? Weil sie darin einen Präzedenzfall für den Ordensunfug sieht. Sie schreibt:

„Wenn man die Verleumdungen Bayerns seit Jahren durch hohe Kennzeichnung gebildet hat, so gelang das in der allseitigen Erwartung, daß auch das Reichsrecht in der Frage der Titel und Orden zwingendste Abänderungen erlassen müsse, die den Bedürfnissen der Praxis Rechnung zu tragen hätten. Die Bestimmungen des Artikels 109 der Reichsverfassung sind bekanntlich zum Teil durch die Praxis längst in der Umbildung begriffen.“

Nicht genug, daß Bayern Kommerzienräte fabriziert — sie wollen auch noch Piepmäße für die Heidenbrust haben!

Im übrigen scheint die „D.A.Z.“ große Achtung vor der Verfassung zu haben, die sie einfach „durch die Praxis umbilden läßt“. Für diesmal geht es nur um Orden und Titel — aber können nach diesem Rezept nicht auch die Grundbestimmungen der Verfassung durch solchistische „Praxis“ umgebildet werden?

Der Hundezüchterverein zu Dresden hat beschlossen, auf der Internationalen Hundausstellung, die Ende Februar in Dresden stattfindet, den prämierten Hunden Orden zu verleihen.

### Curtius über die wirtschaftliche Lage.

Der Reichswirtschaftsminister über die Aufgaben der Sachverständigenkonferenz.

Auf einem Empfangsabend des Verbandes der auswärtigen Presse hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ein Referat über die wirtschaftliche Situation in Deutschland. Er gedachte der deutschen Sachverständigen, die zur Reparationskonferenz nach Paris reisen. Die Sachverständigen seien nicht Parteimitglieder, sie seien vielmehr völlig unabhängig. Die Reichsregierung könne vor der Konferenz nicht materielle Stellung nehmen. Erst wenn das Gutachten der Sachverständigen vorliege, beginne die Reparationspolitik.

Die Nachprüfung der Frage, ob die deutsche Wirtschaft bei Beginn des fünften Leistungsjahres wieder ihren Normalstand erreicht habe, sei sehr schwierig. Für viele Wirtschaftszweige sei leicht zu erkennen, daß die Gefährdung sich nicht in dem erwarteten Tempo vollzogen habe. Das gelte insbesondere von der deutschen Landwirtschaft. Weniger leicht werde sich diese Nachprüfung auf anderen Gebieten vollziehen. Eine auf bloß statistische Größen aufgebaute Erkenntnis bringe die Gefahr der Einzeligkeit mit sich. Man dürfe niemals nur das Oberflächenbild der Wirtschaft sehen. Neben die zahlenmäßige Erfassung müsse die unmittelbare Anschauung treten. Man dürfe beispielsweise bei der Betrachtung des Volkseinkommens nicht der optischen Täuschung verfallen, die durch das Eindringen ausländischen Kredits in Deutschland nahe-

gelegt werde. Die Statistik lasse in Gestalt von Löhnen, Mieten, Steuern usw. ein Vielfaches der als Kredit in die deutsche Wirtschaft hineingekommenen Summe erkennen, ohne daß ein Schluß darauf gezogen werden dürfe, ob damit eine Erhöhung des Volkseinkommens hervorgerufen worden sei.

Wer in die deutschen Provinzen und auf das platte Land komme, dem springe der Abstand von der Entwicklung weniger begünstigter Zentren in Deutschland in die Augen. Nur im Vergleich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der anderen in Betracht kommenden Länder könne man schließlich zu einem brauchbaren Urteil über die Lage der deutschen Volkswirtschaft gelangen.

### Wer liegt in Nikolsko begraben?

Was republikanische Finanzbeamte alles wissen sollen.

Es gibt immer noch Finanzämter, die ihre Aufgabe in monarchistischer Propaganda erblicken. Kürzlich trat im Haushaltsausschuß des Reichstags der Abgeordnete Falkenberg (Soz.) einen besonders krassen Fall vor.

Bei einem großen Landesfestmahl wurde bei der Prüfung für den gehobenen mittleren Dienst einem Prüfling die Frage vorgelegt: „Wer liegt in Nikolsko begraben?“ Der Prüfling konnte nicht antworten, der examinierte Beamte hofft durch die Frage nach: „Haben Sie denn kürzlich nichts in der Zeitung gelesen? Da ist doch jemand vor einiger Zeit auf der Rennbahn tödlich verunglückt!“

Er meinte den Prinzen Siegmund von Preußen. Seit wann gehört die Genealogie der Hohenzollern in die Prüfungssordnung einer republikanischen Verwaltung? Wir nehmen an, daß Reichsfinanzminister Hülferding gegen den Examinator das Erforderliche veranlassen wird.

### Sozialisten und Elßaß.

Programmatischer Antrag in der Kammer.

Paris, 7. Februar. (Eigenbericht.)

In der Tagesordnung der Sozialisten zur Abgeordnetenkammer wird das Bedauern über das Verhältnis zwischen Frankreich und dem Elßaß ausgesprochen, das durch die autonomistische Propaganda, sowie durch den Feldzug gegen die religionslose Schule hervorgerufen sei. Es wird jedes Sonderregime, in welcher Form immer, verworfen, jedoch eine Reform gefordert, die für ganz Frankreich notwendig sei. Die Tagesordnung schließt mit der Aufforderung an die Regierung, die Steuerfrage zu prüfen, sowie die Zweisprachigkeit des Elßaß zu respektieren. Es ist die Auffassung der Sozialisten, daß die elßassische Frage vor allen Dingen auf die kirchliche Propaganda zurückzuführen sei, eine Auffassung, die heute wieder Leon Blum im „Populaire“ in längeren Ausführungen begründet.

### Freilassung von Marty abgelehnt.

Paris, 7. Februar.

Die Kammer hat nach Stellung der Bertrayensfrage durch die Regierung mit 320 gegen 161 Stimmen (Sozialisten, Kommunisten, Radikale und republikanische Sozialisten) die Freilassung des zum Abgeordneten gewählten Kommunisten Marty abgelehnt! Sie legte darauf die elßassische Debatte fort.

### Kochrezept.

Nimm Weiz von einem faulen Hühner, verrühre es mit Senf und Mostkräutern und läge Keimgewächse Knoblauch bei. Das Ganze soll in einen außen festen, doch innerlich noch flüssigen Kuchladen. Auch Hühnerbrat als Zusatz kann nichts schaden.

Die Speise wird in Patriotenchmalz Gebäudet und hübsch schwarzweizrot garniert und schließlich tosend aus dem eignen Holz Der jubelnden Versammlung heiß serviert. Wer so die Republikbeschimpfung treibt, hat jede Aussicht, daß er straffrei bleibt.

Jonathan.







# WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz  
 Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.  
 Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

## Wurstwaren

Hann. Rohwurst Pfund 1.00	Leberwurst feine, Pfund 1.80
Dampwurst Pfund 1.00	Pökelfleisch gekocht 1.80
Hann. Sülzwurst Pfund 1.10	Speck fett 1.25 mager 1.45
Leberwurst Pfund 1.20	Schinkenspeck Pfund 1.75
Fleischwurst Pfund 1.20	Nußschinken ca. 2 Pfund, schwer, Pfund 1.95
Mettwurst Pfund 1.45	(1 Liter) Speckhälften Str., Moritzplatz
Jagdwurst Pfund 1.45	Berl. Mettwurst Pfund 1.20
Schinkenpolnische 1.55	Teewurst Pfund 1.70
Filetwurst Pfund 1.55	Bierwurst Pfund 1.70
Zervelat u. Salami polnische, Pfund 1.70	

## Räucherwaren

Fettbücklinge 23 u. 30 Pfund	Fieckheringe Pfund 48 Pfund
Sprotten Pfund 35 Pfund	Seelachs 1. Stück, Pfund 48 Pfund
Kieler Bücklinge 40 Pfund	Spickale Pfund 2.75 Bund 34 Pfund

## Konserven

Spinat Pfund 48 Pfund	Delikatess-Kohlrabi 1/2 Dose 42 Pfund 70 Pfund
Kartoffeln geschälte 40 Pfund	Ital. Tomatenmark 1/2 Dose 22 1/2 38 1/2 95 Pfund 1.65
Jg. Bred- u. Schnittbohnen 60 Sorte L 78 Pfund	Pflaumen Pfund 68 Pfund
Haushalt-Gemüse aus frischen Erbsen 77 Pfund	Kirschen sauer, m. St. 1.05
Leipziger Allerlei 90 Pfund	Mirabelien 1.05
Gemischte Gemüse sehr fein 1.75, fein 1.50	Gemischte Früchte 1/2 Dose 78 Pfund 1.35
Junge Erbsen 73 Pfund	Erdbeeren 1/2 Kubdos, 1/4 Kubdos, 1/2 Kubdos 35 Pfund 42 Pfund
Junge Erbsen fein 1.25	Brot- u. Bismarckhering, Rollmops 90 Pfund
Brutspargel ohne Kopfe 1.90 extra stark 3.00	Hering in Gelee 80 Pfund
Stangenspargel 60-63 Stangen 2.60 extra stark 3.20	

## Konfitüre

Vierfrucht 0.88 Pfund	Pflaumen 0.98 Pfund	Aprikosen 1.10 Pfund
Erdbeeren 1.30 Pfund	Orange, Johannisb. 1.15 Pfund	Kirschen 1.35 Pfund
Apfelgelee Helvelia 1/2 Pfund, 1 Liter 1.28	3-Pfund-Eimer 2.95	

## Konfitüren

Olympia-Kakao Pfund 1.00	Olympia-Block-Schokolade Pfund 1.15	Volkmilch-Schokolade 8 Tafeln à 50 Gramm 85 Pfund
Krem-Schokolade Apfelsinen- u. Himbeer-Geschmack 2 Tafeln à 100 Gramm 45 Pfund	Tee-Keks Pfund 1.40	Sandgebäck Pfund 95 Pfund

## Obst u. Gemüse

Epfel Pfund 20 Pfund	Kranzfeigen Pfund 28 Pfund
Smyrnafeigen Pfund 28 Pfund	Mandarinen Pfund 35 Pfund
Amerikaner Pfund 38 Pfund	Zitronen Dutzend 50 Pfund
Apfelsinen Dutzend 50, 70, 1 M 65, 95 Pfund	Apfelsinen kalt 42, 48 Pfund
Tafeläpfel kalt 42, 48 Pfund	45 Pfund, brutto, von 16.75 an

## Bananen

3 Pfund 85 Pfund

## Frische Ananas

Pfund von 38 Pfund an

## Messina-Äpfel

Kalbfleisch 100 u. 150 Stück 10.75

Role Rüben Pfund 10 Pfund	Weißkohl alt, Pfund 12 Pfund
Wirsingkohl Pfund 12 Pfund	Rohkohl Pfund 15 Pfund
Zwiebeln Pfund 15 Pfund	Möhren gewaschen 15 Pfund
Sellerie Pfund 28 Pfund	

## Kaffee

Konsum-Misch. Pfund 2.40	Haushalt-Misch. „ 2.60
Sonder-Misch. „ 3.00	Olympia-Misch. „ 3.40
Globus-Misch. „ 3.80	Residenz-Misch. „ 4.20
Spezial-Mischung mit 20% Bohnenkaffee 0.67 1/2, 1.10	

## Tee

elgene Mischungen 1/2 Pfund	Ceylon II 1.25
Indien 1.55	China 1.70
Ceylon 1.85	Darjeeling 2.00

## Käse u. Fette

Camembert vollfett, Schachtel 28 Pfund große Schachtel 6 Portionen 78 Pfund	Emmentaler vollfett, Schachtel 95 Pfund
Limburger Allg., halbfett Pfund 52 Pfund	Holländer halbfett Pfund 75 Pfund
Edamer halbfett Pfund 75 Pfund	Tilsiter halbfett Pfund 90 Pfund
Schweizer dän., dreiviertel Pfund 90 Pfund	Blockkäse, halbfett, ohne Rinde Pfund 88 Pfund
Tilsiter Art Pfund 88 Pfund	Schweizer Art Pfund 98 Pfund

Margarine Pfund 52, 58 Pfund	Tafelbutter Pfund 2.06 2.12
Kokosfett Pfund-Tafel 62 Pfund	Dänische Butter Pfund 2.28

## Kolonialwaren

Pflaum. Bohn. Pfund 46, 32 Pfund	Brudreis Pfund 19 Pfund
Pflaum. Kalif. Pfund 84, 42 Pfund	Italien. Reis Pfund 24 Pfund
Backobst Gem. Pfund 48, 40 Pfund	Javareis Pfund 30 Pfund
Birnen Kalif. Pfund 90, 68 Pfund	Makkaroni 45, 38 Pfund
Ringäpfel Kalif. 1.18, 90 Pfund	Eier-Schnitt-Nud. M. 40 Pfund
Aprikosen Kalif. 1.18, 95 Pfund	Eier-Fad.-Nud. M. 42 Pfund
	Eier-Suppen-Einl. 58 Pfund

Hühner-Bouillon-Würfel 10 Stück 20 Stück 30 Stück	„Olympia“ 50 Pfund 95 Pfund 2.25
Suppenpulver nach böhmisch. Art: Schoten mit Kalbfleisch, Hühner, Leber, Rindfleisch, 1 Pfund = 25 Heller 1.95	

## Wein

Besonders preiswertes Südwein u. Spirituosen	Tarragona rot, kräftig 1.00
Malaga Golden 1.40	Insel Samos u. Malaga Dunkel 1.60
Lagrimas Chrisli u. Muskatel 1.75	

Deutscher Weinbrand-Verschnitt 2.60	Dtsch. Weinbrand ** u. Halb & Halb 3.30
Jamaika-Rum-Verschnitt „Extra“ 45 Vol.-% 4.00	Allasch, Cherry Brandy, Curacao orange 3.90

Domaine St. Coloma milder, span. Rotwein 1.10	1927 Wölsteiner süß. Tisch- u. Bowlenmoser 1.40
1927 Traisener Rolenfels lieblicher Nebewein 1.70	1920 Dürkheimer Schenkenböhl mild, lieblich 1.80
1926 Cluserather Königsberg stabiler Mosel 1.80	Spezial-Cuvée Haus- u. arke feiner Tafelwein, Flaschengärung, m. Steuer u. F. abheben 4.00

8 Sorten Wein u. Spirituosen vom Faß

## Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust Pfund 0.78	Kalbsnierenbraten Pfund 0.85
Kalbskeule ganz und gefüllt Pfund 0.95	Rinderkamm u. Brust Pfund 0.76
Gulasch Pfund 0.85	Querrippe Pfund 0.75
Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knod. 1.00	Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.25
Lieser Pfund 0.75	Gehacktes Pfund 0.75
Schweinebauch u. Röhren, mit Beilage Pfund 1.08	Schweinekamm u. Blatt, mit Blg., Pfund 1.12
Schweineschinken Pfund 1.13	Kaffee, Speer u. Kamm Pfund 1.25

Rinderzungen runde Pfund 1.15	„halbrunde“ Pfund 1.10
-------------------------------	------------------------

## Suppenheisen

Suppenheisen Pfund 0.56	Rinderkamm u. Brust Pfund 0.75
Kuh-Zuter Pfund 0.26	Kerzen Pfund 0.60

## Fische

Dorsche Pfund 0.12 ohne Kopf Pfund 0.20	Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.20
Goldbars ohne Kopf Pfund 0.22	Schellfische Pfund 0.24
Bratschollen Pfund 0.24 0.35	Aalquappen Pfund 0.48
Kabeljaulilet Pfund 0.40	Zander (russisch eingefroren) Pfund 0.50
Grüne Heringe 5 Pfund 0.52 0.65	

## Geflügel u. Wild

Gänse gefroren Pfund von 0.82 an	Puten gefroren Pfund 0.95
Suppenhühner Pfund von 1.05 an	Fette Enten gefroren Pfund 1.20
Wolgahühner Pfund von 1.15 an	Schneehühner Stück 1.90
Wildenten St. 2.40	Fasanen St. 2.95 an
Rohblätter Pfund 1.35	Hasen gestreift u. ausgewaschen Pfund 0.95 an

# Joseph & Co. Lebensmittel

Neukölln Berlinerstr. 51-55

Eilige Bestellungen — mündliche, schriftliche und telefonische — werden durch die Lebensmittel-Bestellannahme aufgenommen v. Wunsch gemäß erledigt.

In unserer neuen großen mit den modernsten Errungenschaften aufgemachten Lebensmittelhalle im 4. Stock  
 Mengen-Abgabe vorbehalten Preise nur Freitag und Sonnabend Verkauft soweit Vorrat

## Frisches Fleisch

Pa. Schweinebauch ohne Beilage Pfund 1.08	Pa. Hammelvordorfleisch Pfund v. 1.06 an
Pa. Schweineschinken Pfund 1.18	Pa. Schmorfleisch Keule o. Knochen Pfund 1.20
Schweineschulterblatt Pfund 1.18	Pa. Roulade Pfund 1.28
Pa. Rückenfilet bratfertig Pfund 0.96	Pa. Suppenfleisch Pfund v. 0.65 an
Kalbskamm ohne Beilage Pfund 0.75	Pa. Schabefleisch Pfund 1.18
Kalbsbug und -Brust Pfund 0.86	Schweinerippchen gepöfelt Pfund 1.08
Kalbskeule 8 x 9 Pfund schwer, ganz u. ge Pfund 0.94	Pa. Rindertalg selbstausgelessenes Pfund 0.56

Pa. Schweinekopf Pfund 0.58	Eisbein ohne Spitzbein, Pfund 1.04
Kabler Pfund 1.28	Lieser Pfund 0.72

## Gefrierfleisch

Pa. Schmorfleisch Keule, ohne Knochen Pfund 1.12	Pa. Hammelrücken Pfund 0.98
Pa. Roastbeef mit Knochen Pfund 0.88	Pa. Flecke frisch Pfund 0.24
Pa. Suppenfleisch Pfund 0.70 an	Rinderzungen frisch Pfund 0.95
Pa. Hammekeule Pfund 1.06	Pa. Kalbsleber frisch Pfund 1.60

## Wild und Geflügel

Wolgahühner Pfund von 1.15 an	Wildragout Pfund 0.30
Suppenhühner Pfund 1.05	Hirschblätter Pfund 0.75
Enten Pfund 1.05	Hirschbraten Pfund 1.40
Gefrorene Gänse Pfund von 0.82 an	Puten gefroren Pfund 0.95 an

## Obst und Gemüse

Apfelsinen 50-80 Pfund	Weißkohl Pfund
Krimweitrauben 45 Pfund	Rohkohl Pfund
	Wirsingkohl Pfund 12 Pfund

## Kaffee

Haushalt-Mischung Pfund 1.60	Perl-Mischung Pfund 0.65
Spezial-Mischung Pfund 0.70	Berliner Mischung Pfund 0.80
Elite-Mischung Pfund 0.90	Wiener-Mischung Pfund 1.00

## Konfitüre

Pflaumen Pfund 0.90	Aprikosen Pfund 1.10
Johannisbeeren Pfund 1.15	Erdbeeren Pfund 1.30
Kirschen Pfund 1.35	Bienenhonig 1/2 Pfund 0.70 1/2 Pfund 1.15

Außerdem:

# WEISSE WOCHEN

Weiße Waren  
 gediegener Qualität  
 in gewaltiger Auswahl  
 Extra billige Preise!



# Lampel in Not.

## Erziehungsdebatte in der Stadtverordnetenversammlung.

Vier Stunden wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung über die Frage einer Reform der Fürsorgeerziehung geredet. Ein Antrag der Kommunisten machte Reformvorschläge und eine Anfrage der Kommunisten wies hier auf die von Lampel in seinem Buch „Jungen in Not“ veröffentlichten Anstaltsführungen. Herr Lampel, dessen Buch den Kommunisten als Beweismaterial hatte dienen sollen, kam diesmal selber in Not. Unsere Genossin Lodenhagen entwarf von ihm und seinem wechselvollen Werdegang ein Bild, das vernichtend wirken mußte. Ihm wird unter anderem nachgesagt, daß er in den ersten Jahren nach der Revolution eine eigenartige politische Angeber- und Enthüllungstätigkeit betrieben habe. Wäber Erwarten blieb der „Enthüllungsturm“ aus, den man zu Lampels Verteidigung aus den Reihen der Kommunisten erwartet hatte. Sie schienen schon gewußt zu haben, daß mit ihrem Freund Lampel nicht alles stimmte. Uebrigens rüdten auch zwei Rednerinnen der Kommunisten merklich von Lampel ab. Die Kommunistin Frau Rosenthal nannte sein Buch ein journalistisches Machwerk, mit dem Geld verdient werden sollte. Daß es das Lampel-Buch nicht erst bedurfte, das Landesjugendamt zu Verbesserungen in der Fürsorgeerziehung aufzurufen, stellte Stadträtin Genossin Wenzl fest.

In einer Anfrage nahmen die Kommunisten Bezug auf das Lampelsche Buch

### „Jungen in Not“.

das die Ergebnisse von Fürsorgeerziehungen behandelt, und stellen fest, daß darin „grauenhafte Zustände in der städtischen Anstalt Struwweschof“ geschildert wurden, und fragten, ob dem Magistrat der Inhalt des Buches bekannt sei und was er zu tun gedenke, um die genannten schweren Missetaten abzuändern. Verbunden mit der Anfrage ist die zweite Beratung eines kommunistischen Antrages, der Reformen in der Fürsorgeerziehung verlangt und außerdem eine Vorlage betreffend der Beteiligung des Staates an den Kosten der Fürsorgeerziehung. Frau Hoffmann-Gwinner begründete die Anfrage. Sie konnte es nicht über sich gewinnen, eine sachliche Begründung zu geben, spidte vielmehr ihre Rede mit den bei den Kommunisten bekannten und immer wiederkehrenden Angriffen gegen die Sozialdemokraten, insbesondere unsere Genossin Stadträtin Wenzl, die Dezernentin für die Jugendfürsorge. Nach einstündiger Redezeit kam Genossin Stadträtin Wenzl als Magistratsvertreterin zum Wort:

Es bedurfte nicht der Anregungen der Kommunisten und Lampels Buch, um die städtische Verwaltung vorwärts zu treiben. Die früheren, nicht gerade erbaulichen Zustände in den Erziehungsanstalten sind längst beseitigt, soweit es sich um städtische Anstalten handelte; soweit es staatliche Anstalten waren, sind die Jugendlichen der Stadt Berlin längst zurückgekommen. Die von Lampel geschilderten Revolten sind in den kirchlicher Verwaltung unterstehenden Erziehungsheimen vorgekommen. Das frühere System der Beschickung gefährdeter Jugendlicher ist abgelöst durch die Methode, in Fürsorgeerziehung nur jene Gefährdeten zu bringen, die jeder anderen Erziehung spotten. Leider sind viele der Jugendlichen bereits jugendlich belastet und von denjenigen, die nach einer Blüthe wieder ergriffen werden, erweisen sich zwei Drittel als geschlechtskrank. Die Verantwortung für diese Jugendlichen zu übernehmen sei sehr schwer.

Die Lampelschen Behauptungen seien sehr vorfichtig aufzunehmen.

die „dichterische Freiheit“ geht sehr weit! Zu bebauern ist nur, daß im Buch alle Namen der Beteiligten genannt wurden, was nicht gerade förderlich für ihr ferneres Fortkommen sein dürfte. Feststeht, daß bei den Revolten der Einfluss Zuhenschenbender maßgebend war und daß vieles, im Lichte der Für-

sorgeerziehung gesehen, anders aussieht. Zu bebauern ist, daß man Jugendliche, die im Bekrafter stehen, solange festhalten mußte, bis sie ausgearbeitet haben. Manche könnten nach wenigen Monaten schon wieder entlassen werden. Es liegt nicht in der Absicht der städtischen Verwaltung, die Jungen als Bohndrücker in der Landwirtschaft zu verwenden wie Frau Hoffmann-Gwinner behauptet hat, doch mußte festgestellt werden, daß

### die Jugendlichen durchaus arbeiten wollten.

Genossin Wenzl verwehrt sich dagegen, daß die städtischen Erziehungsanstalten als Zuchthäuser und Folteranstalten bezeichnet wurden. Wenn man auch nicht die Hälfte von dem, was gegen die städtischen Anstalten vorgebracht wurde, als wahr gelten lassen darf, ist der Verwaltung jede ehrliche Bewegung von außen her angenehm. (Beifall.)

Stadträtin Professor Dr. Hildebrandt (Dem.) bezeichnete das Lampelsche Buch als eine Tendenzschrift, in der er sich als Feind jeglicher Fürsorgeerziehung, auch einer Erziehung im Sinne kommunistischer Vorschläge, erweisen habe. Weil Lampel kein Erzieher ist, hat er die Uebertreibungen der Jungen nicht erkannt. Der Redner erklärte schließlich, daß Lampel selbst betont habe, Struwweschof sei eine sehr gut geleitete Anstalt, und er begreife nicht, woraus die Kommunisten eine Hege gegen diese Anstalt herleiten könnten!

Für die sozialdemokratische Fraktion begann Genossin Lodenhagen mit der Feststellung, daß die Kommunistin Hoffmann-Gwinner von Lampel und dieser von den Kommunisten abgerückt sei. Lampel sagt, er habe mit seinen Enthüllungen gar nicht Struwweschof gemeint, aber die Kommunisten nehmen sie zum Anlaß einer Anfrage. Was ist denn nun richtig? Mit Lampel haben sich schon viele Behörden und Personen beschäftigt müssen, und was da herausgekommen ist, war

### vernichtend für Lampel.

Die Rednerin führt dann über Lampels Lebenslauf nach der Revolution Einzelheiten an, denen folgendes zu entnehmen ist: 1919 war er Kommandeur eines Panzerautos der Regierungstruppen, 1920 großer Revolutionär, im folgenden Jahre Redakteur an der „Thüringischen Landeszeitung“, schließlich während Anstaltsaufschuß. Er trat bei der thüringischen Landesparlamentarier ein, war stammer Republikaner, Bekämpfer der Orgesch, Entdecker von vermeintlichen Waffenlagern, die er in Wälsen fand! Schließlich wendete sich Lampel in einem Spitzel für die Orgesch und in einem Kronzeugen rechtsabstufender Organisationen gegen die Republik. Er trat bei Reichsbehörden gegen das „rote Thüringen“ auf, wußte von „Roten Armeen“ zu berichten und erreichte tatsächlich ein Eingreifen des Reiches in Thüringen. Er ist also

### reife für den § 51

bezeichnet worden, und ein medizinisches Gutachten stellt Veranlassungen nach § 175 fest und spricht von hochgradiger geistiger Minderwertigkeit. Und das sind die Kronzeugen der Kommunisten! Der Buch- und Dramatiker Lampel ist in seinen Erzeugnissen am Problem der Fürsorgeerziehung vorbeigegangen, und zwar deshalb, weil er vom Erziehungsweesen und seinen Problemen keine bloße Ahnung hat. Für uns ist für die zu betretenden Jugendlichen das Beste gerade gut genug. Genossin Lodenhagen trat für einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ein, der ein Programm für eine Reihe Maßnahmen zur Reform der Fürsorgeerziehung bringt. Bei Lampel ist das Jugendamt der Stadt Berlin hineingelassen, in Zukunft wird man sich die Leute, die die städtischen Anstalten besuchen wollen, sehr genau ansehen müssen. Am Schluß ihrer Ausführungen würdigte Genossin Lodenhagen die schwere Arbeit der Erzieher, die durch solche Aktionen, wie sie die Kommunisten unternehmen, schwer leiden.

Die nächste Rednerin, Frau Rosenthal von der kommunistischen Fraktion, polemisierte ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. Die Debatte wurde um 9 Uhr vertagt.

# Explosion bei Osram.

## Ein gefährliches Wasserstofflager.

Bei der Osramgesellschaft in der Ehrenbergstraße 9 ereignete sich gestern nachmittag eine Explosion, durch die erheblicher Sachschaden angerichtet wurde. Arbeiter sind dabei wie durch ein Wunder nicht zu Schaden gekommen.

Auf dem Lagerplatz der Firma Osram in der Ehrenbergstraße befindet sich u. a. ein großer Fachwerkschuppen, in dem ständig etwa 120 bis 150 gefüllte Wasserstoffflaschen liegen. In dem Vorraum des Schuppens waren gegen 15 Uhr Arbeiter mit dem Umfüllen der Flaschen, die 40 Liter fassen, beschäftigt. Plötzlich erfolgte eine heftige Detonation. Eine Wasserstoffflasche war explodiert und eine meterlange Stichflamme schoß durch den Raum. Die Belegschaft erkannte sofort die große Gefahr und verließ fluchtartig das brennende Gebäude. Es gelang allen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Werkfeuerwehr trat sofort in Tätigkeit, konnte aber allein des gefährlichen Brandes nicht Herr werden. Auf den Alarm „Besonderes“ eilte die Feuerwehr unter Leitung des Oberbranddirektors Gempy mit mehreren Löschzügen an. Als die Wehren an der Brandstelle eintrafen, ertönten im Innern des brennenden Gebäudes 10 bis 12 heftige Explosionen. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden eine Anzahl Fensterscheiben der Fabrikanlagen sowie der benachbarten Wohnhäuser in der Begmestraße zerrümmert und die Bewohner in große Aufregung versetzt.

Zur Bekämpfung des Brandes mußten sechs Schlauchleitungen großen Kalibers in Tätigkeit gesetzt werden. Ein angrenzendes Lagerhaus, das eine Zeitlang stark gefährdet war und schon etwas in Mitleidenschaft gezogen war, konnte gerettet werden.

# Unschuldslämmer in Moabit.

## Wie der Verteidiger die Zimmerleute-Leute ficht.

Der „Zimmerleute“-Prozess konnte gestern noch nicht zu Ende geführt werden. Als erster Verteidiger der angeklagten „Zimmerleute“ wurde Rechtsanwalt Dr. Mosberg das Wort. Der Staatsanwalt führte er aus, habe für die Zimmerleute nur Entschuldigungsgründe, an dem Verein „Zimmerleute“ hat er dagegen kein gutes Haar gelassen. Wir müssen uns aber von der Idee abwenden, daß hier darüber zu entscheiden ist, ob die Mitglieder von „Zimmerleute“ ihr ganzes Leben lang belastet erscheinen, weil sie früher einmal nicht immer eine reine Bestie gehabt haben. Es ist unbillig, anzunehmen, daß in dem Verein gewisse Männer Verbrechen ausgeübt werden, und daß man einschließen ist für eine einem Mitglied angetane Unbill geschlossen haße zu läßen. Im Verein „Zimmerleute“ herrscht eine kleinbürgerliche Romantik vor. Bei der Verteilung der Vorstrafen hat sich ergeben, daß sie zum Teil weit zurückliegen, und daß es sich zum Teil um Bagatelldelicten handelt. Es ist unverständlich, daß die Staatsanwaltschaft die Methode der Pokerei, die an Stelle der Konfrontation mit dem Gutdächler arbeitete, nicht zurückgewiesen hat. Das Bild hat sich hier im Saale ganz anders gestaltet, als der Staatsanwalt es geschildert hat. Es kann keine Rede von einer Strafgepöbel sein. Wenn man die Ansicht gehabt hätte, Schulmeis zu verprügeln, dann hätte man nicht so töricht gehandelt, wie das hier geschehen sein soll. Man hat gefragt, warum der Verein sich nicht an die Polizei gemeldet hätte, um Schulmeis zur Strafe zu bringen. Die Organisation der Zimmerleute hätte schon gefordert, daß niemand den Namen des Restriktors erfährt, und sie hätte ihn schleunigst aus Berlin weggeschickt. Der Verteidiger wandte sich dann gegen die Strafandrohung. Dem Hauptangeklagten Leib sei überhaupt keine strafbare Handlung nachgewiesen worden. Die Begründung des Landfriedensbruchs habe sich der Staatsanwalt sehr leicht gemacht. Es seien keine Gewalttätigkeiten mit vereinten Kräften verübt worden, sondern es hätten sich nur Schlägereien, wie sie in jener Gegend an der Tagesordnung seien, abgespielt. Die Angeklagten müßten daher freigesprochen



Roman einer Revolution. Von Gerhart Heemann Mostat

Dehkte stand auf und läuberte sich umständlich. Das ist nun das Volk, das man befreien soll! dachte er, tief in seinem Idealismus getränkt. Auf den gleichen Hinterpfaden, die er vorhin dem Wachmeister anempfohlen hatte, ging er langsam zur Stadt zurück. Vielleicht würde er am Schloßberg den Lohgerber Calm treffen, mit dem wollte er wegen der Illumination sprechen, um wenigstens diese Störung zu beseitigen.

Abraham Calm war allerdings am Schloßberg gewesen. Er hatte seinem Groll gegen den Herzog nachgegeben. Und der Stunde mit dem Dresdener Kapellmeister, die sein Denken wie aufgeweckt hatte und ihn nicht mehr losließ selther. Zu seinen Füßen leuchtete die Stadt.

Sein Haus leuchtete nicht mit ... Bitter lächelnd sah er, daß auch alle Wohnungen der Juden illuminiert waren. Der Juden, die ihn seit jenem Vorkommnis auf der Straße, seit jenem Defret Kerstiens zu schneiden begannen. Abraham Calm vereinsamte ...

Liebespärchen girrten auf den dunklen Wegen. Einmal glaubte er das laute Lachen des jungen Dellendahl, die fichernde Antwort Sarahs zu erkennen. Er erhob sich nicht. Nur seine Stirn zuckte qualvoll.

Als der Wachmeister Kühne mit der verhafteten Frau an ihm vorbeikam. „Jehn Se doch ein bißchen rascher!“ rühr Kühne sie gerade an. Die Frau versuchte mühsam den Gang ihres schweren, schwangeren Leibes zu beschleunigen.

Calm hatte gehört und gesehen — er stand plötzlich auf und ging vor den beiden her, sehr langsam, so daß auch sie den Schritt verhalten mußten, und ohne ein Wort zu sagen.

Der Wachmeister duibete ihn anfangs. Dann wurde ihm das Schweigen unheimlich. „Jehn Se Ihrer Weije!“ sagte er barsch.

Calm's Stirn arbeitete. Es war ihm ganz gleich, was diese Frau getan hatte. Es stand für ihn fest, daß ihr Unrecht geschah. So einer bloßen, traktierten, hochschwangeren Frau,

deren Brüste in der Dürre der Armut gewelkt waren, geschah Unrecht, und wenn sie noch so viel gestohlen hätte. Das Gerechtigkeitsgefühl seiner Rasse brannte in ihm auf.

Der Wachmeister blieb stehen und sah Calm mit bloßem Gesicht drohend an. „Sie sollen Ihrer Weije Jehn, sa'e ich Sie!“

„Das hier sin oo meine Weije, Harr Wachmeister.“ Seine Hand deutete auf den Boden, aber er sprach nach vorn, wie in die Ferne hinein. „Ich tue derfor zahlen de Steiern. Aber nich, damit dah mer druff Jehn ins Jefängnis.“ Dunkel fügte er hinzu, der Sah rang sich schwer los aus seinem einsamen Denken: „Wäje, wo ich for zahle, Jehn in de Freiheit.“

Er war ruhig weiter gegangen, mit ihm auch die stumme Frau; der Wachmeister mußte wohl oder übel nachlaufen. „Jehn wirds mich awmer zu bun! Ich wär Sie verhaften!“ Sein Gesicht war rot vor Wut. „Sie Saujude Sie!“ Er stieß Calm vor die Brust.

Calm zitterte vor Angst, wie immer bei körperlichen Auseinandersetzungen. Aber heute mußte er sie überwinden, die Angst, das wußte er. Heute kam es drauf an.

Sie hatten den Schloßberg fast erklommen. Die illuminierte Schloßstraße schimmerte schon hinter den Bäumen. Dort war das Gefängnis.

Vom Wege zweigte eine breite, steile Schneise ab, glatt von feinem Sand. Abraham Calm warf sich plötzlich mit dem ganzen gespannten Körper schräg gegen die Brust des fetten Volkspolizisten. Der verlor das Gleichgewicht und rollte die Schneise hinunter. Drunten, am Ufer des Flusses, nahm sich ein Liebespärchen seiner an, dem er vor die Füße gerollt war.

Calm führte die Frau schnell den Berg hinauf in die erleuchtete Straße. Sie folgt ihm wortlos, mit der zermürbten Resigniertheit eines geprügelten Hundes.

Vor dem Gefängnis standen Kniephacke und Luise; viele Bürger hatten sich um die beiden gesammelt, Männer mit empörierten Gesichtern, die das flackernde Licht der Kerzen aus den Fenstern ausschimmern und wieder versinken ließ im Unheimlichen.

Luise lief auf die Schwester zu. „Wo is'n Kühne?“ „Mir müssen machen schnell, dah'n mer wechkommen“, sagte Calm. „Kühnen hamme ich runnerjeschmissen an Schloßparach. Awmer er wird fleich widder hier sind.“

Kniephacke drückte Calm fest die Hand. „Das kann anne beije Sache for Sie wärn, Harr Calm. Awmer“ — er sah zu den anderen um — „wir stehn zu Se, wahr?“

„Jehn mer doche“, bat Luise.

„Man immer ruhig! Wir sin oo noch da!“ sagte Almer breit. Er trat auf Calm zu und gab ihm ebenfalls die Hand.

Einer nach dem andern von den Bürgern tat ihm nach. Der Lohgerber ließ es sich wortlos gefallen, rot von Scham und Blut.

Vom Schloßberg her stampften Schritte. In etwas deformierter Uniform jastete Kühne heran. Aber noch ehe er etwas sagen konnte, packte ihn Almer am Uniformmüch der Brust, hob ihn mit einer Hand, trug ihn auf die andere Seite der Straße und stellte ihn jämlich auf's Pflaster. „Jehn Se nach Hause, Kühne. Weichen Se man der Gewalt. Mehr könn'n Se nich tun. Oder ...?“

Kühne hatte sich Jhdgn getrollt.

Der Schmied kam zurück: „Was han mer nu von an Harzog, der an Parlament inberuft, un daderbei läßt e somas passiern!“

„Er weech es doch niche!“ entschuldigte Menge.

„Er hats awmer zu wissen! Dadrumme erleichten mit'n jo!“ Der Wighold wies auf die Fenster. Man lachte.

Calm und Kniephacke brachten die Frauen nach Waldau. Die beiden Männer sahen sonderbar aus, wie sie so nebeneinander gingen. Der hagere, überlange, ungeschlachte Kniephacke, der kurze, krüppelige Calm — zwei Grotesken, und dennoch, oder eben deshalb, zwei ungleiche Geschwister.

Kniephacke schüttelte auf dem Heimweg Calm denn auch sein Herz aus. In dem laugen Gefellen ging etwas Entscheidendes vor. „Wissen Se, Harr Calm, ich mechte Sie um an Rat bitten.“ Er steckte umständlich seine Pfeife an. „Wäjen die Kleene, wissen Se, die Luise. Ich kenn se aus'n Krombholz. Sie kenn'n sich jo denken. Aber ich hamme se immer ganz ferne jehabt, nich bloß — nich bloß so. Un heite, wie'n se bei mich war — ich hamme doch jeweh keene scheenen Meebel. Allens man einfach un unmodern, von meine Eltern jeerd. Un se hat Ihnen doch so druffjeluakt, mit so große, hungrige Dogen, so — so wie in eenen Palast, wissen Se?“

Calm nickte stumm.

„Un da harre se mich jo leeb jetan. Un denn zu denken, daß es se oo ma jo Jehn soll wie ihre Schwester, bei die Zustände draußen.“ Kniephacke sprach fast nur noch mit sich, sein Denken rang schwer. „De Jilmern un de Mengen un de annern Weiber läten se jo nich anluden, weil se doch von das landfremde Volk kimmert. Un se wird se oo schon manchen jehabt han ins Krombholz — un mehr wie jehabt — un das is jo nich leichte for mich.“ Er schwieg eine Weile, log hastig an der längst erloschenen Pfeife. „Awmer kiemer Jott, se is äwen hibisch und daderbei arm, da is das nu ja. Wahr?“

(Fortsetzung folgt.)



werden. Rechtsanwalt Dr. Frey hat darauf, die Fortsetzung der Verhandlungen auf Sonnabend zu vertagen, da die Verteidigung gegenüber der Annahme der Staatsanwaltschaft, daß es bei den Angeklagten um einen von „Amertreu“ vorbereiteten fortgesetzten Vordienstbruch handele, neue Beweisanträge stellen müsse, die ihr erst jetzt zur Kenntnis gelangt seien. — Nachdem das Gericht auf Antrag der Verteidigung beschloß, die Angeklagten Steinke, Kaiser, Schütz und Pietzsch aus der Haft zu entlassen, während die Haftentlassungsanträge für die Angeklagten Leeb und Sas abgelehnt worden waren, wurden die Verhandlungen auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

## Einer nach dem andern strauchelte!

Die Veruntreuungen bei der Schiffahrtsgesellschaft „Stern“.

Die jahrelangen Unterschlagungen bei der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“, die durch die Potsdamer Kriminalpolizei im Juli vorigen Jahres aufgedeckt wurden, waren gestern Gegenstand einer Verhandlung vor dem Potsdamer Schöffengericht.

Einer von den vielen, die seinerzeit zur Rechenschaft gezogen waren, und zwar der Polizeisekretär Rudolf Fr., mußte sich wegen fortgesetzter, gemeinschaftlicher Unterschlagung verantworten. 25 Angestellte der „Stern“-Gesellschaft hatten Strafbefehle erhalten. Dem Angeklagten war ein solcher von 300 M. zugestellt worden. Er forderte richterliche Entscheidung. Ein Angestellter der „Stern“-Gesellschaft, ein früherer Berliner Feuerwehrmann Fr., hat den Angeklagten auf der Polizei schwer belastet; er wollte damals von ihm sechs nicht entwertete Karten zum nochmaligen Verkauf erhalten haben. Der Erlös sollte für diverse Biere geteilt werden. In der gestrigen Verhandlung widerrief Fr. sein Geständnis, er will in momentaner Verwirrung statt der Ehefrau des Angeklagten, diesen selber auf der Polizei angegeben haben, als den, der ihm die sechs Karten gegeben habe. Der Angeklagte selbst bestreitet jede Schuld und führt die damaligen belastenden Aussagen auf Nachlässigkeit zurück, da zwischen ihm und Fr. ein gespanntes Verhältnis bestand. Die als Zeugen geladenen Geschäftsführer und Kontrolleure erklärten, daß sie seinerzeit durch den inzwischen verstorbenen Schiffskapitän S. zu Unterschlagungen veranlaßt worden seien. S. habe immer gesagt, bei der „Stern“-Gesellschaft ist noch ein Stück Geld zu verdienen. Die Kontrolle war mäßig, und so sei einer nach dem anderen gestraucht. Nach gründlicher Beweisaufnahme wurde der Angeklagte auf Staatskosten freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 300 M. Geldstrafe beantragt.

## Straffällig infolge hoher Miete.

Die Köpenicker Unterschlagungen.

Der frühere Verwaltungsassistent Max H. aus Köpenick-Wendenschloß, über dessen Unterschlagungen beim Bezirksamt Köpenick im vergangenen Jahre von uns berichtet wurde, stand am Donnerstag vor dem Schöffengericht Köpenick unter Anklage. Die von Landgerichtsdirektor Sinapius geleitete Verhandlung gestaltete sich sehr dramatisch.

Der Angeklagte war bei der Kommune in Köpenick auf Lebenszeit angestellt; er hatte sich vom einfachen Leiharbeiter zum Beamten emporgearbeitet und auf Grund seiner fast 30 Dienstjahre hatte er Pensionsberechtigung, der er infolge seiner schweren Verfehlungen verlustig ging. Die dienstlichen Vorfälle des Angeklagten bestanden darin, Vohngelder für Arbeiter und Angestellte vom Bezirksamt Köpenick, Rathaus, zur Dienststelle in Friedrichshagen zu bringen. Außerdem mußte H. auf Grund der Lohnlisten die Beträge für Angestellte und Invalidenversicherung errechnen. Diese Beträge ließ er sich von der Rathauskasse auszahlen, aber er holte sich von den Postanstalten weniger Wertmarken, lebte auch weniger Marfen und behielt das übrige Geld, insgesamt einige tausend Mark, für sich. H.'s Vertreter, Rechtsanwalt Bahn-Berlin, erklärte das ungetreue Handeln des Angeklagten mit einer nachgewiesenen großen Kottage. Auf Grund ärztlicher Atteste hätte H. beweisen können, daß seine Frau schwerleidend war. Dies hätte den Angeklagten veranlaßt, eine gesundes idyllisch gelegenes Stöckchenhaus in Wendenschloß gegen Miete zu beziehen. Der Hauswirt steigerte den monatlichen Mietpreis in kurzer Zeit von 61 auf 176 M. Diese hohe Miete vermochte der Angeklagte von seinem Monatsgehalt, das 265 M. betrug, nicht bestreiten. Andererseits wollte er seiner kranken Frau die gesunde Wohnung nicht nehmen und so griff er in die Kasse.

Das Gericht ging über die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis deshalb hinaus, weil der Angeklagte nicht einmal in plötzlicher Verlegenheit, sondern sorgfältig während fast eines halben Jahres Unterschlagungen begangen hatte. Das Urteil lautete auf fünf Monate Gefängnis, doch wurde dem Angeklagten eine dreijährige Bewährungsfrist zugewilligt. Das eine ist klar: der hohe, der offenbar viel zu hohe Mietpreis hat einen ehrenhaften Beamten zu Fall gebracht.

## Spies und seine Spießer.

In der Handelshochschule Berlin besteht ein nationalsozialistischer Privatverein „Allgemeine Studentenschaft“. Dieser Name ist jedoch irreführend, da anerkannte Studentenschaften in Preußen nicht mehr vorhanden sind. Auch umfaßt die „Allgemeine Studentenschaft“ nur rund 40 Proz. der Studierenden.

Ein Ausspracheabend dieser Gruppe bewegte sich auf dem üblichen Niveau. So war ein Schreiben des Herrn Professors Spies durch den schönen Schluß getönt: „Ich unterstüge Sie in Ihrem Kampfe gegen die Kulins-Bedeckel!“ Mit frenetischem Beifall wurde diese „Sprachschöpfung“ begrüßt. — Wir erwarten vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, daß es derartige Aeußerungen mit Schärfe ahndet. Auch der weitere Verlauf des Abends bewies, daß es den völkischen Studenten mit ihrer „schönen Arbeit“ nicht ernst ist, denn sonst wäre man den sozialistischen Diskussionsrednern auf ihre Argumente nicht mit Worten wie „Jüdische Marginalien, Judenrechte“ entgegengetreten.

Trotz solcher albernen Beschimpfungen werden sich natürlich unsere Genossen, die sozialistischen Studenten, nicht abhalten lassen, auch an den Hochschulen mit ihrer ganzen Kraft für die Arbeiterbewegung zu wirken, trotz Herrn Spies mit samt seinen — Spießerleuten.

## Köpenicker Genossenschaftsbank.

Die Köpenicker Bank G. m. b. H., eine genossenschaftliche Volksbank, hat sich in den letzten Jahren zu einem Unternehmen entwickelt, das die gesamten Ostgebiete von Groß-Berlin beherrscht. Sie ist jetzt an die Spitze der deutschen Genossenschaftsbanken gerückt und nimmt unter den deutschen Kreditgenossenschaften den ersten Platz ein. Auf der Vertreterversammlung, die von dem Aufsichtsratsvorsitzenden, Stadtrat Betke, eröffnet wurde, nahm der leitende Direktor der Bank, Herr Gruner, zu der Entwicklung in den letzten Jahren eingehend Stellung. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir, daß die Köpenicker Bank noch 1914 an 42. Stelle, 1925 bereits an zwölfter, 1927 an fünfter und jetzt

# Unsere Jüngsten.

## Generalversammlung der Berliner Kinderfreunde.

Die Roten Falken sind keine unbekanntes Gruppen innerhalb der sozialistischen Organisation mehr. Zur Waiseier und beim Arbeiterkinderfest im Schillerpark (September 1928) zeigten diese Gruppen — unsere Jüngsten in ihren blauen Kitteln — ihre Geschlossenheit und Organisationseinheit. Am Mittwoch nun ließ die Helferstaffel der Kinderfreunde Groß-Berlin ihre Jahresarbeit 1928 Revue passieren.

Die Zahl der erfassten Kinder hat wieder eine Zunahme erfahren. 2704 Kinder sind gegenwärtig mit 245 Helfern in den Gruppen der 20 Berliner Kreise Mitglied. Sehr stark wurde der Mangel an geeigneten Räumllichkeiten, in denen die Gruppen ihre Zusammenkünfte abhalten können, hervorgehoben. Noch jetzt kommt es vor, daß Gruppen in unhygienischen Kellerräumen zusammenkommen müssen. Es wurde gefordert, daß die Bezirksämter veranlaßt werden müssen, Schulräume zur Verfügung zu stellen. Auch in den städtischen Jugendheimen müssen unbedingt kostenlos Zimmer, soweit es noch nicht gegeben ist, zur Verfügung gestellt werden. Eine Organisation, die Kinder in ihren Gruppen als Mitglieder hat und von diesen keine Beitragsgelder erhebt, muß die Heimgehören als eine sehr starke Belastung ihrer Kössen spüren. Im Mittelpunkt der Arbeit des vergangenen Jahres stand das Zeltlager am Uckersee. Der Film dieses Lagers ist fertiggestellt und wird demnächst in allen Stadtteilen Berlins zur Vorführung gelangen. An dem Lager beteiligten sich 440 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren und 91 Helfer. Das Lager war in jeder Hinsicht ein Erfolg. Bei den Kindern waren Gewichtszunahmen bis zwölf Pfund zu verzeichnen. Unfälle waren nicht vorgekommen. Besonderer Wert wurde auf die Helferausbildung gelegt. So konnten im Herbst mehrere Helferkurse eröffnet werden, die gegenwärtig noch laufen. Es sind Kurse, in denen Handfertigkeitslehre gelehrt werden und vor allem über praktische und theoretische Fragen der Organisation gesprochen wird. Das Helferseminar unter Führung des Genossen Boemgenstein wurde weitergeführt. Die Arbeitsüberlastung der Helfer mußte betont werden und es muß erreicht werden, die Helfer der Kinderfreunde von den Funktionen in den anderen Zweigen der Parteiorganisationen zu befreien. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt,

daß alle Helfer freigewerkschaftlich organisiert sein müssen. Des weiteren wurde eine Kommission mit der Beschaffung eines Kinderlandes nahe Berlin beauftragt, da das Kinderland Birkenwerder für die Organisation nicht zu halten ist.

Genosse A. Priege und Genosse F. Hauch wurden als Vorsitzende der Berliner Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde gewählt. Als Vorstandsmitglieder wurden die Genossen Sabbath, Frieda Warmuth, Willi Heinrich, Erna Findeisen, Irma Frenckebach, Otto Wegner und Willi Schlame gewählt. Die Generalversammlung zeigte, daß sich die Helfer der Kinderfreunde der Aufgaben, die ihnen gestellt sind, voll bewußt sind. Mit gleichem Mut gehen sie heran und betreiben ihre Sommerarbeit (Zeltlager) vor, aber gleichzeitig vertiefen sie auch ihre Arbeit mit dem Ziele, in den roten Falkengruppen junge sozialistische Kämpfer zu bilden.

## Attentehung in Neuföln.

Die 90. Abteilung hatte zu einer schlichten, aber stimmungsvollen Ehrung ihrer Mitglieder, die 25 Jahre und mehr treu in der Partei gewirkt haben, aufgerufen. Der geräumige Saal war mit schwerer Luft gefüllt, die gekommen waren, um an der Feier teilzunehmen. In der Ehrenliste nahmen 59 Jubilare Platz. Die Fantastie aus der Oper „Rigoletto“, gespielt von Mitgliedern der Staatlichen Hochschule für Musik, leitete den Abend ein. Später brachten dann Sänger des „Freien Männerchors Berlin“ bekannte Kampflieder zu Gehör. Ein Prolog, gesprochen vom Genossen Brumme, folgte. In seiner Festrede zeichnete Genosse Lütke das kampfreiche Leben der Parteiveteranen, die oft genug die brutalen Nachmittage des 1918 zusammengebrochenen Obrigkeitsstaates zu spüren bekamen. „Danke den Allen für die große Arbeit, die sie verrichteten im Interesse der aufwärtsstrebenden Arbeiterbewegung“, schloß Lütke seine Rede.

Den Dank für die erwiesene Ehrung sprach einer der Jubilare aus, der auch gleich allen anderen gelobte, weiter wie bisher für die Sozialdemokratie zu streiten! Musikalische Darbietungen und rhythmische Tanzvorführungen der Freien Turnerschaft Groß-Berlin, Bezirk Neuföln, bildeten das weitere Programm.

## Großfeuer bei Opel.

Alle Lagerhallen sind niedergebrannt.

Rüsselsheim, 7. Februar.

Während der Mittagspause gerieten auf dem Fabrikgelände der Opelwerke neuerbaute Lagerhallen in Brand. Trotz des sofortigen Eingreifens der Werkfeuerwehr griff das Feuer durch starken herrschenden Sturm mit großer Schnelligkeit um sich, so daß im Verlaufe von wenigen Minuten die gesamten Lagerhallen mit einer Front von 150 bis 200 Meter in hellen Flammen standen. Trotz mehrfacher Benzinexplosionen gelang die Abriegelung der Nachbargebäude, doch sind die Lagerhallen selbst mit allen den eingekahrenen Wagen, elektrischen Zugmaschinen und sämtlichen Vorräten restlos dem Feuer zum Opfer gefallen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

## Gegen die Feinde der Republik.

Die große republikanische Kundgebung der Kameradschaft Westen I des Ortsvereins Tiergarten im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit dem Thema „Fünf Jahre Reichsbanner — Für die Verfassung — Gegen die Feinde der Republik“ findet heute abend 8 Uhr im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße 3, statt. Es sprechen Genosse Fritz Ebert, M. d. R., für die Sozialdemokratische Partei, Ernst Lemmer, M. d. R., für die DDP, und Rektor Kellermann für die Zentrumspartei. Die Berliner Parteigenossen mögen diese Feier des fünfjährigen Bestehens des Reichsbanners zu einem Bekenntnis für die Republik benutzen und in Massen erscheinen! Eintritt 30 Pf., für Kameraden in Bannerkleidung 20 Pf.

Typographie, Achtung, Sänger! Der Chor wirkt bei der am Sonnabend, dem 9. Februar, im Reichstag stattfindenden Erinnerungsfest mit. Die Sänger bemühen den Eingang V und versammeln sich um 7 1/2 Uhr im Vorraum des Plenarsaales.

Arbeiterbildungsschule. Heute, Freitag, Fortsetzung des kommunalen Kurses in Köpenick, Bezirkssozialbildungsaal, Rathaus Köpenick, Schloßstr. 4. Thema: „Geleg Groß-Berlin.“ Referent Bürgermeister Karl Heid. Hörer können sich noch melden.

Kein Absterb des Freiballons „Mangion“. Die der Deutsche Luftfahrtverband mittelst, ist entgegen anders lautenden Meldungen der dem Dresdener Luftfahrerverein gehörende Freiballon „Mangion“ nicht abgestürzt, sondern in der Provinz Schleswig normal gelandet. Bei der Landung erlitten zwei Insassen sehr leichte Hautabschürfungen. Der Ballon wurde geführt von Dr. Rotzoll von der Deutschen Verkehrsfliegergruppe Stoaten.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachr. verb.). Fortbestand des trockenen und kalteren Wetters mit strengem Frost, schwache Luftbewegung. — Für Deutschland: Im Nordosten harte Bemühung mit Nitterung des Frostes und leichten Schneefällen. Im übrigen Reich trocken und vielfach heiteres Frostwetter. Nachts meist strenger Frost.

an erster Stelle unter den 1400 Kreditgenossenschaften des deutschen Genossenschaftsverbandes steht. Dementsprechend günstig entwickelte sich der Umsatz, der 1914 66 Millionen betrug, in den ersten Jahren nach der Inflation auf 40 Millionen zurückging und sich dann Jahr für Jahr bis auf 337 Millionen im Jahre 1928 steigerte. Weitere Einzelheiten sind aus dem im Inzeratenteil enthaltenen Geschäftsbericht zu entnehmen. Der Reingewinn des letzten Jahres in Höhe von 439 000 M. wurde mit 150 000 M. für die Hauptreserve, mit 70 000 M. für weitere Rückstellungen verwandt und eine Dividende von 10 Proz. verteilt.

## Der Fehmarnbelt verstopft.

Folgen des neuen Kälteeinbruchs.

Die neue Kälteperiode, die auf Kaltluftmassen aus Rußland zurückzuführen ist, hat sich inzwischen über ganz Deutschland ausgebreitet. Durchschnittlich maß man in Norddeutschland Temperaturen von minus 15 bis minus 20 Grad. In der Berliner Innenstadt war die tiefste Temperatur minus 18 Grad, in der näheren Umgebung sank sie bis auf minus 22 Grad. Nach Ansicht der Wetterjahresverständigen ist vorläufig mit einer Milderung des Wetters oder gar mit Tauwetter nicht zu rechnen.

Während nach einer Mitteilung des deutschen Dampfers „Cremone“ der östliche Teil der Ostsee ziemlich eisfrei bzw. nur stellenweise mit einer dünnen Eisschicht bedeckt ist, haben sich die Eishverhältnisse im westlichen Teil außerordentlich verschlechtert. Infolge des lebhaften Ostwindes hat sich am Ostende des Fehmarn-Beltes starkes Packeis gebildet, so daß der Belt ohne Eisbrecherhilfe überhaupt nicht mehr von Schiffen passiert werden kann. Nach einer Meldung des zur Eisbrecherhilfe von der Reichsmarine in die Ostsee entsandten Linienschiffes „Schleswig-Holstein“ liegen in dem Seegebiet östlich des Fehmarn-Beltes etwa 20 Dampfer deutscher und fremder Nationalität im Eise fest. Inzwischen hat der Chef der Marineleitung dem Linienschiff „Eisack“ den Befehl erteilt, in See zu gehen, um die Eisexpedition der „Schleswig-Holstein“ zu unterstützen. Am Führerlehrer Sah-nik-Trelleborg treten immer größere Verspätungen ein.

## Explosion in einem chemischen Werk.

Fünf Arbeiter getötet.

Rom, 7. Februar.

In Segni an der Eisenbahnstrecke Rom-Neapel entstand in einem chemischen Werke zur Herstellung von Sprengstoffen aus noch unbekannter Ursache eine Explosion, bei der fünf Arbeiter getötet wurden. Ein Teil des Wertes stürzte ein und am Bahnhof sowie den benachbarten Häusern wurden die Fenster Scheiben zertrümmert.

# Funkwinkel.

Adams „König für einen Tag“ bearbeitet Bronsgeest als Sendeoper. Ein entzückendes Spieloperchen, das seit Jahren vom Repertoire der Berliner Opernbühne verschwunden ist und das der Rundfunk gewissermaßen wieder entdeckt. Trotdem Adams nicht zu den größten der französischen Spieloper gehört und trotdem alles hier unproblematisch und beinahe kindlich einfach ist, bleibt doch jede Stelle melodisch. Kein Snobismus kann das aus der Welt leugnen, und vielleicht erkannte man selbst bei diesen harmlosen Melodien, welche Paradiese man im Laufe der Zeit verloren hat. Die Aufführung hält gutes Niveau, nur die Sprechpartien geraten stellenweise zu pathetisch. Megrowich dirigiert diese tänzerisch leichte und graziose Musik mit wahrer Spielfreudigkeit und künstlerischer Hingabe. Hervorragend ist Bertha Kiurina, Paul Fehér und Gerhard Fehér von der Städtischen Oper sind neue Leute vor dem Mikrophon. Bei beiden schönes Stimmaterial! Vor allem verfügt der Tenor Fehér über eine mühelose, freie Höhe, allerdings sind Tonansätze und Technik noch stellenweise unsicher. Aber das sind korrigierbare Fehler. Jedenfalls ist Fehér eine Hoffnung, und es ist dankenswert, daß ihr wenigstens der Rundfunk in einer größeren Rolle herausseht. Dr. Erich Urban findet eine reizvolle, amüsante Form für seine Einleitung. Es ist eine zwanglose Unterhaltung, und man merkt nirgends den dozierenden Zeigefinger. Nachmittags liest Dr. Bey aus modernen indischen Dichtungen. Sie führen in eine Gefühlswelt, die im Grunde dem Europäer fern liegt, da hier ganz andere gesellschaftliche Anschauungen als Voraussetzungen gelten. Aber auch der Europäer wird ergriffen von dem starken Empfinden, das mit einer außerordentlich überlegenen künstlerischen Gestaltung verbunden ist.

# Wir raten!

Trinken Sie einen Monat lang Kaffee Hag. Versuchen Sie dann wieder gewöhnlichen Bohnenkaffee und beobachten Sie Ihr Befinden. Sie haben dann die Erklärung für die Beliebtheit des coffeinfreien Kaffee Hag. Aroma und Geschmack sind unübertroffen. Über 7000 deutsche Ärzte haben allein im Jahre 1928 lobend über Hag geurteilt. Das große Paket kostet RM 1.90, das kleine 95 Pfg. Ihr Kaufmann führt ihn.



# Die Hezke der Hausbesitzer beginnt.

## Gegen Mieterschutz und Baugenossenschaften.

Die Rechtsparteien beginnen jeden Wahlkampf mit einer Hezke gegen die Sozialdemokratie und die von ihr geschaffenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen. Der Wahlsieg der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl hat die Deutschnationalen und ihre Hintermänner veranlaßt, die nächste Wahlschlacht — die Stadtverordnetenwahl — rechtzeitig „vorzubereiten“.

Als erste sind die Berliner Hausbesitzer auf dem Plan erschienen und haben ein umfangreiches Rundschreiben an ihre Kollegen erlassen, in dem sie zum Beitritt in den Haus- und Grundbesitzverein auffordern. Sie wollen ihre Reihen stärken für den Kommunalwahlkampf und haben sich zum Ziel gesetzt, den „Wohnungsboikottismus“ und die „versteckten Sozialisierungsbestrebungen“ zu beseitigen. In ihrem Flugblatt steht wörtlich:

„Lange genug haben wir uns als Objekt dieser Befehls-macherei behandeln lassen, lange genug haben wir unter der Wohnungsnot auszunutzen und unerschwingliche Mietpreise zu fordern. Die tausende Ermittlungsfragen reden doch eine deutliche Sprache.“

Der Hausbesitzer will die Mieterschutzgesetze beseitigt haben, um die bestehende Wohnungsnot auszunutzen und unerschwingliche Mietpreise zu fordern. Die tausende Ermittlungsfragen reden doch eine deutliche Sprache.

In die gleiche Richtung geht ein Vorstoß der Hausbesitzerzeitung, das „Grundeigentum“. Diese Zeitung hat in ihrer letzten Nummer des vorigen Jahres längere Ausführungen über die Kosten der Berliner Wohnungsämter veröffentlicht und darin festgestellt, daß für die Berliner Wohnungsämter jährlich 9 Millionen Mark ausgegeben werden und daß jede Wohnungszumessung 300 M. koste. Der Direktor des Zentralwohnungsamtes, A. Wild, hat auf diesen Artikel geantwortet und nachgewiesen, daß die Aufrechnung stark übertrieben ist, daß nämlich in einzelnen Stellen Gehälter für neun Angestellte gerechnet wurden, wo nur zwei beschäftigt sind. Auch die Gesamtzahl der Angestellten bei den 20 Abteilungen des Mieteinigungsamtes ist falsch angegeben. Die Gesamtkosten für die Wohnungsämter betragen auch nicht 9 Millionen, sondern etwa 6 und da durch die Wohnungsämter im Jahre 1928 rund 37 000 Wohnungen vergeben

wurden, kommt auf eine rund 162 M. Diese Errechnung gibt aber kein klares Bild, denn in dem Gesamtbetrag sind außer den Kosten der eigentlichen Wohnungszwangswirtschaft noch eine Reihe Unkosten für die Mieteinigungsämter und für die Wohnungsaufsicht und -pflege enthalten. Auch dieser Angriff gegen die Berliner Wohnungsämter sollte mithelfen, die Forderung der Hausbesitzer auf Beseitigung des Mieterschutzes zu unterstützen.

Genau so un bequem wie dem Hausbesitzer der Mieterschutz ist, sind den privaten Baukapitalisten die gemeinnützigen Baugenossenschaften. Tausende von Wohnungen sind in den letzten Jahren in Berlin durch diese Baugesellschaften zu einem auch für die Arbeiterschaft erschwinglichen Mietzins gebaut worden. Den privaten Bauunternehmern waren die Genossenschaften eine unerbetene Konkurrenz. Mit allen möglichen Mitteln ver suchten die Bauunternehmer, den gefährlichen Wettbewerber zu beseitigen. Als Baustofflieferungsbonkott und persönliche Hezke nichts mehr halfen, wurden die privatkapitalistischen Zeitungen benutzt, um die Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Baugenossenschaften irrezuführen.

So hat die Berliner „Morgenpost“ mit einer Notiz „Tausende Bewohner von Siedlungshäusern gefährdet“ gegen die Baugenossenschaften gehetzt. Weil zwei Gesellschaften, die jetzt höhere Zinsen für ihre Hypotheken zahlen müssen und mit ihrem niedrigen Mietzins nicht mehr auskommen, schreibt die „Morgenpost“, daß Tausende von Mietern gefährdet worden seien und die Baugenossenschaften neue Mietverträge nur eingehen, wenn um 15—25 Proz. höhere Mieten gezahlt werden. Die wahren Gründe der Mietsteigerung gibt die „Morgenpost“ nicht an. Sie hezt einfach fröhlich gegen alle Baugenossenschaften:

„Die Stadt hat ihnen billige Hauszinssteuermittel zum Bauen gegeben, damit besonders für Minderbemittelte Wohnungen errichtet werden. Nachträglich hat sich dann in sehr vielen Fällen, zuletzt in einer Reinickendorfer-Wittenauer Siedlung, herausgestellt, daß schlechte Baumaterialien Verwendung gefunden haben, Fenster und Türen nicht richtig schließen oder, wie in einem uns bekanntgewordenen Falle, so minderwertige Dachziegel genommen wurden, daß es in das oberste Stockwerk durchregnet. Zufrieden sind zumeist nur die zu Direktoren ernannten Leiter solcher Siedlungsgenossenschaften, die eine ganz bürokratische Verwaltung geschlossen haben und gute Gehälter beziehen.“

Eine der größten gemeinnützigen Baugenossenschaften teilt uns

mit, daß bei der heutigen Finanzierung die Mietpreise abhängig sind von der Höhe der laufenden Verzinsung. Der Mieter ist heute unter Umständen ein Opfer der gegen die Friedensverhältnisse mit wucherischen Zinsen und sonstigen Abgaben arbeitenden Hypothekensbanken. Nicht häufig werden von den Finanzierungsinstituten die Zinssätze auch nachträglich erhöht, wodurch selbstverständlich auch Mieterhöhungen notwendig werden. Das trifft ebenso die gemeinnützige Baugenossenschaft wie den privaten Unternehmer. Der Artikel zeigt in seiner Tendenz deutlich genug, daß es nicht darauf ankommt, einen Mieterschutz zu kritisieren, sondern allgemein die gemeinnützigen Baugenossenschaften zu verunglimpfen.

Drei Beispiele! Sie zeigen, welche Rolle die Wohnungsfrage im Wahlkampf spielen wird. Baukapital und bürgerliche Parteien in einer Front gegen die Sozialdemokratie und die gemeinnützigen Baugenossenschaften.

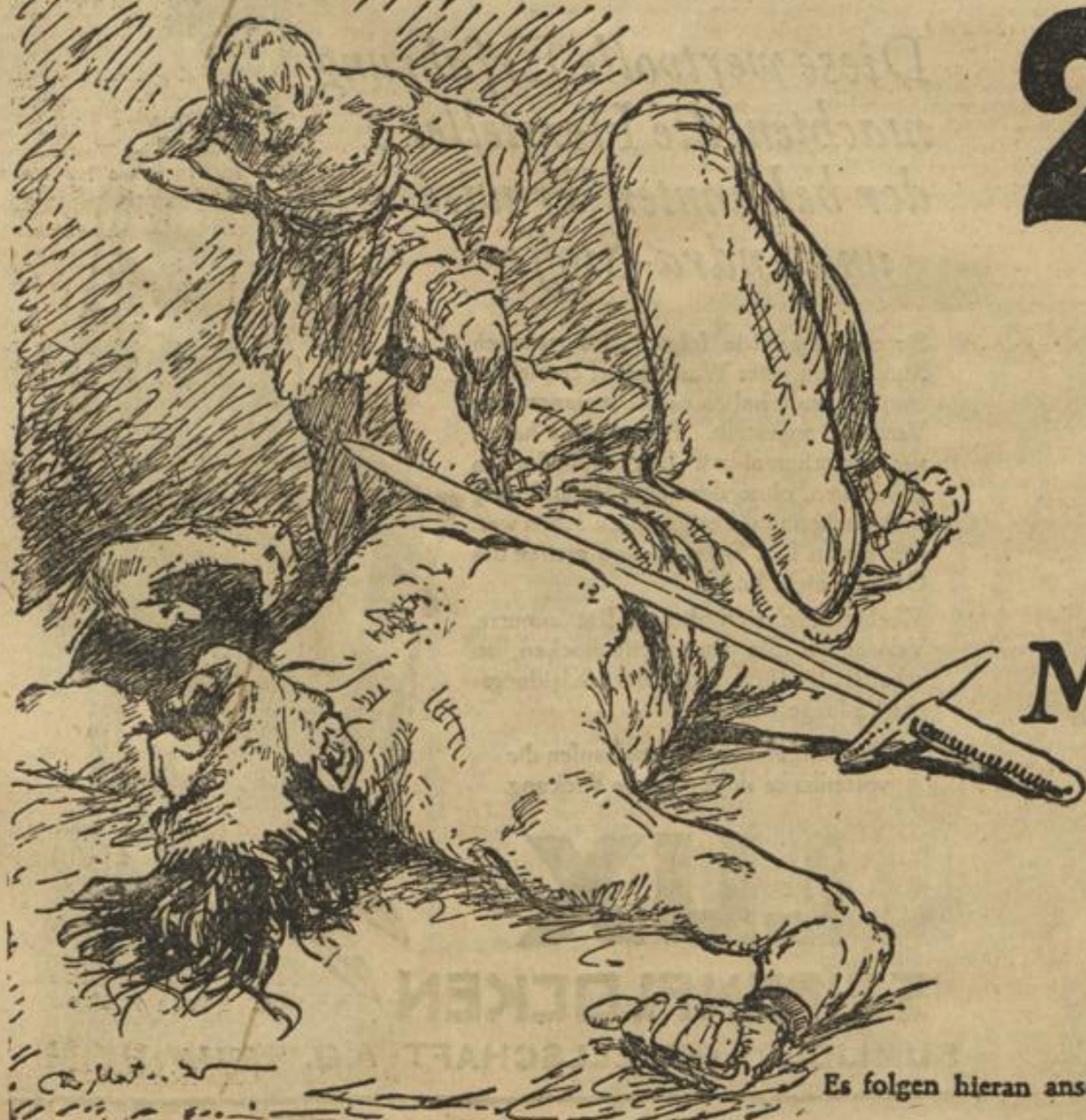
## Aus den Bezirken.

### Unhaltbare Zustände im Schulwesen.

#### 2. Bezirk — Tiergarten.

Die Verammlung nahm zunächst die Wahl des Vorstehers vor. Gen. Sublig wurde mit großer Mehrheit gegen Branaß (Dnat.) gewählt. Die Deutschnationalen erklärten darauf, sich an der Besetzung des Bureaus nicht mehr zu beteiligen. Zu Vorsteherstellvertretern wurden Kaeber (Dem.) und Quallig (K.P.D.) gewählt. Dann trat die Verammlung in eine Erörterung über den baulichen Zustand der Schulen ein. Der Bezirk Tiergarten hat Schulen, die das ehrwürdige Alter von 80 Jahren erreicht haben. Die Schulen sind z. T. so verfallen, die hygienischen Einrichtungen sind so mangelhaft, daß die Öffentlichkeit sich wiederholt mit diesen Mängeln beschäftigt hat. Die Verammlung hatte eine gemischte Deputation beauftragt, mit dem Stadtkämmerer über die unhaltbaren Zustände und ihre Abstellung zu verhandeln. Leider mußte Bürgermeister Dostlein mitteilen, daß die Verhandlungen zu keinem Erfolg geführt haben. Für Instandsetzung der Schulen in den Innenbezirken sind über 2 Millionen im Etat eingelegt. Der besonders schlecht gestellte Bezirk Tiergarten erhält davon nur 148 000 M. Die Verammlung nahm die Vorlage unter einmütigem Protest gegen die offensichtliche Benachteiligung des Bezirks Tiergarten zur Kenntnis und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Haushaltsberatung noch eine Berücksichtigung unserer Forderungen ergibt. — Es folgte der Bericht des Haushaltsausschusses. Der Stadtverordnete Kinnhardt von der Volkspartei hatte sich den Scherz erlaubt zu beantragen, daß der vom Magistrat eingelegte Posten von 5000 M. für Umbenennung von Straßenschilbern für Wohlfahrts-

# Es gibt noch Überraschungen!



## 2 Fahnenbilder der England-Serie Nr. 76

liegen jetzt in den 10-Stück-Packungen

## Massary Privat

ohne Mundstück / dick / rund

# 4 Pf.

Es folgen hieran anschließend die Fahnenbilder der Serien Nr. 77 und 78



weder verhandelt wird. Er war nicht darüber zu bezweifeln, daß dieser Leisten nicht übertragbar ist und brachte es fertig, eine 1 1/2-stündige Besprechungsdebatte zu führen. Schließlich ging die Verhandlung über seinen Antrag zur Tagesordnung über. — Die Anträge der Deutschnationalen betreffend Einziehung von Gewerbesteuererträgen während der Dienststunden sollte einen Vorstoß gegen den Sen. Stadtrat Schulte einleiten. In Stelle des erkrankten Genossen Schulte mußte der deutschnationalen Stadtrat Maguhn antworten, daß das Bezirksamt Bescheidungen gegen das im Kriegsärztl. Kommando gebildete Verfahren nicht erheben konnte. Auf eine Besprechung der Anträge wurde verzichtet. Auf diese Blamage folgte sogleich eine zweite, nämlich der Antrag der deutschnationalen Fraktion, gegen den Sen. Stadtrat Bethge ein Disziplinarverfahren einzuleiten, da er angeblich der SPD. Wahlzettel ohne Bezahlung gegeben haben soll. Diese Behauptung war in dem Antrag aufgestellt, eine Begründung ihres Antrages konnten die Deutschnationalen nicht geben. Als einziger Redner zu dieser Aktion, die die Deutschnationalen unvorsichtigerweise schon in der Stadtordeinerungsversammlung angekündigt hatten, nahm Genosse Paerich das Wort. Er erklärte, daß wir von der Haltlosigkeit der Ansprüche überzeugt sind, aber gerade darum in Hebererregung mit dem Sen. Bethge aus Reinlichkeitsgründen auch unsererseits die Einleitung des Disziplinarverfahrens wünschen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## Deutschnationale gegen Jugendfürsorge

### 5. Bezirk — Friedrichshain.

Die letzte Bezirksversammlung im 5. Verwaltungsbezirk hatte sich in erster Linie mit den Schulverhältnissen im Bezirk zu befassen. Genosse Schliem gab den Bericht des zur Untersuchung eingesetzten Sonderausschusses. In einer ausgedehnten Debatte wurde von allen Fraktionsordnern die Notwendigkeit schneller Beseitigung der unzulässigen Verhältnisse anerkannt. Genosse Theet setzte sich nach Schilderung der ständigen Verhältnisse für ein großzügiges Schulbauprogramm auch für unseren Bezirk ein. Das Verhalten der Deutschnationalen in dieser Frage, die in ihrer Stellungnahme dauernd schaukelten, kennzeichnet sie als Kulturfeinde. Einstimmig wurde der Beschluß des Sonderausschusses angenommen, der Beschleunigung der vorgesehenen Neubauten für die Sonderschulen, Um- und Erweiterungsbauten für 13 Schulen, Ersatzbauten für zwei Schulen, Elektrifizierung, Renovierung und Modernisierung der anderen Schulen in der Schaffung von Bade-einrichtungen, guter Abortanlagen im Hause, Schularztzimmern, Zimmern für die Schulpflege, Kinderhortzimmern, Einrichtung besonderer Werkräume, ausreichende Zentralheizung und kleinere Veränderungen fordert. Ferner wird bessere Durchführung der Reinigung und Reinigung in den Schulräumen und Schaffung würdiger Wohnräume für Schulhausmeister und Schulheizer verlangt. In einer Reihe weiterer Anträge forderten unsere Genossen Verbesserung der Bürgerheide des Bezirks, Schaffung zweier weiterer Säuglingsfürsorgestellen, Errichtung weiterer Jugendhorte, Ausstattung der Horte mit geeigneten Musikinstrumenten und Besetzung der Heimleiterstellen in den Jugendheimen mit Befähigten, in der Jugendpflege erfahrenen Kräften. Zu den letzten drei Anträgen betonte Genosse Theet vor allem die Pflicht der Stadt, für die Jugend durch Schaffung geeigneter Horte und durch die Betreuung der gefährdeten Jugend in Abendheimen zu sorgen. Von den Deutschnationalen schickte man u. a. den bekannten Herrn Bortels vor, um unter Verschleierrungen und Anpöbelungen gegen unsere Genossen die Kulturfeindschaft dieser Kreise zu verdeutlichen. Nach längeren Auseinandersetzungen fanden die Anträge gegen die Stimmen der Deutschnationalen Annahme.

## Unsinn um jeden Preis!

### 7. Bezirk — Charlottenburg.

In ersten Bezirksversammlungen im Jahre pflegen in Charlottenburg unter dem Druck der „proletarischen Massen“ zu stehen. Das geschieht so: Einige Erwerbslose bekommen einen Teller, warmen Suppe und den Auftrag, dann auf der Tribüne der Bezirksversammlung die nötige Entrüstung über die verräterische Politik der Sozialdemokraten „spontan“ auszudrücken. Und so geschah's auch diesmal.

Die Erwerbslosen antworteten auf Anregung der SPD. ihre Reden einige Resolutionen, um die am nächsten Tage erstmalig tagende Bezirksversammlung damit zu überraschen. Auch das geschieht mit feierlicher Regelmäßigkeit, natürlich ganz zufällig. Diese Versammlung findet erst unmittelbar vor der Bezirksversammlung statt, es darf keine Zeit zur Prüfung der Resolutionen gelassen werden, man hofft, rechnet auf Ablehnung in der Versammlung, um dann sich desto lauter entrüsten zu können. Die SPD. berät immer ganz zufällig diese unorganisierten Leute, die zur Zeit, als sie Arbeit hatten, nie daran dachten, sich freigewerkschaftlich zu organisieren, um dann desto glaubwürdiger über die Untätigkeit der Gewerkschaften schimpfen zu können. Und so kam man mit einem Bulet Resolutionen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erklärten, so ginge die Sache nicht; gewiß wachse die Rot der Erwerbslosen, aber mit solchen Resolutionschen sei nicht der Sache, sondern nur der Agitation gedient. Wir schlugen einen kurzen Appell an die Zentrale vor, mit ausreichenden Mitteln der Rot zu steuern. Die Kommunisten sahen ihre Felle fortzuschwimmen, unterschrieben den Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten und gertönten dann wenigstens die Freunde, einige Tribünenbesucher zu den erwarteten Juristen animieren zu können. — Dann trieb die SPD. „proletarische Politik“ bei der Vorstandswahl, indem sie immer eigene Leute präsentierte. Die Versammlung ignorierte dies kindliche Spiel und wählte den alten Vorstand wieder, aus Barmherzigkeit auch den harmlosen kommunistischen Schriftführer-Stellvertreter. Es kam zur sozialdemokratischen Anfrage über die Grippe-epidemie im Bezirk. Genosse Dr. Jaffé begründete unsere Interpellation, er warnte davor, Schulen zu besetzen und die Schülerheide in andere Schulen hineinzustopfen; er wies auf den peinlichen Mangel an Pflegepersonal schon in normalen Zeiten hin und bat dringend, hier Hilfskräfte einzustellen, um die überlasteten Schwestern ein wenig zu unterstützen. Stadtmedizinalrat Dr. Dettinger antwortete ausführlich, sachlich und befriedigend. 100 Betten hätte Charlottenburg mittelbar, 100 direkt zur Verfügung gestellt. Man hoffe, einigermaßen durchzukommen. Selbst die SPD. fand hier keinen Anlaß, einzugreifen, man hatte ja noch große Dinge vor. Zunächst eine Anfrage wegen eines Brüllfalls in der weltlichen Schule. Der Lehrer müsse sofort entlassen werden. Stadtkulturrat Otto gab den Kommunisten eine tüchtige Abfuhr, und vollends lobten sie, als ihnen Genosse Dr. Kawerau aus ihren eigenen Zwischenrufen nachwies, daß sie diesen Lehrer ja nur deshalb so wütend verfolgten, weil er früher ihr eigenes Parteimitglied gewesen sei! Im übrigen könne man nicht deutlich genug von jedem Brüllpädagogen, ganz gleich aus welchem Lager, abrufen. Aber Rektor Schmidt hätte alles getan, was menschlich und sachlich gehalten sei. Der betreffende Lehrer hätte bereits seine Verlegung beantragt und bewilligt bekommen.

Schließlich mißglückte den SPD.-Helden auch ihre Spekulation auf die Unwissenheit der Erwerbslosen. Sie ließen hinter dem Antrag der Sozialdemokraten her. Genosse Gebert gab ihnen derb Bescheid, und mehrfach mußten sie sich ihre unsoziale Gefinnung und Spiegelfechtelerei bescheinigen lassen; der sozialdemokratische Antrag wurde fast einstimmig angenommen.

Die Aufgaben des Strafrichters. Rechtsanwalt Dr. Wisberg wird am Dienstag, dem 19. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Handelshochschule Berlin, Spandauer Str. 1, einen Vortrag halten über das Thema: „Die Aufgaben des Strafrichters nach dem Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch“.

## Von 13 Millionen werden nur 2 bewilligt.

### 10. Bezirk — Zehlendorf.

Die erste Sitzung der Bezirksversammlung im neuen Jahr zeichnete sich durch reichlich eingegangene Anträge und Anfragen besonders aus. Nach der Wahl des Vorsitzenden Justizrat Weidinger (SPD.) wurden auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes durch Zufall wiedergewählt, ebenso die Kommissions- und Deputationsmitglieder. Das Bezirksamt weist einzelne Punkte auf. — Der bereits wieder auf Urlaub befindliche Bezirksbürgermeister Dr. Schumacher wurde von seinem Stellvertreter, dem in der November-Versammlung so eigenartig eingeführten Stadtrat Beneke vertreten. Die Deutschnationalen bemüht sich, recht zahlreiche Anträge und noch mehr Anfragen an das Bezirksamt zu richten. Wie bescheiden ihre kommunalpolitischen Forderungen sind, geht aus ihrem Wunsch hervor, die „Kathausuhr in Wannsee nachts zu beschaffen“. Unsympathisch erschien der Mehrheit der Versammlung die Umbenennung der Straßen. Das Hindenburg-Krankenhaus soll größeren Warterraum für die Besucher erhalten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die fonderbare Einführung des Chefärztes kritisch erwähnt. Auf Anfrage über die vom Magistrat gemachten Abträge des Haushaltsplanes 1929 teilt das Bezirksamt mit, daß von den angeforderten 13 359 250 M. nur 1 016 680 M. bewilligt seien. Ferner wird das Bezirksamt ersucht, durch seine Aufsichtsratsmitglieder in der Heimstättenfiedlung darauf hinzuwirken, daß eine weitere Steigerung der Mieten unterbleibt und längere Verträge mit den Mietern abgeschlossen werden. Bei dem Antrag Bildung einer Rathausdeputation bemerkt Genosse Drämer, daß der Bürgermeister Dr. Schumacher in seiner Arbeit für den Bau des Rathauses den Erfolg lediglich der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion verdanke; jetzt verfare man mit der sozialdemokratischen Fraktion nach dem Grundsatz: „Der Rohr hat seine Schuldigkeit getan! Man habe nunmehr zum Bürgermeister nicht mehr das Vertrauen und verlange die schleunige Bildung der Deputation. Dem wurde mit 7 gegen 8 Dnat.-Stimmen zugestimmt. Es besteht die Absicht, für ein Jugendheim das Haus Potsdamer Straße 49 in Zehlendorf einzurichten. Die hierzu erforderlichen Mittel sollen im Haushaltsplan 1930 angefordert werden.

## Fürsorge für Nerven- und Gemütskranke.

Der kommunalen Gesundheitsfürsorge erwachsen ständig neue Aufgaben. Ein kritisches Kapitel war lange Zeit die Bekämpfung der Nerven- und Gemütskrankungen und der Geisteskrankheit. Mehr und mehr wurde in letzter Zeit mit der Anschauung gedrohen, daß die Geisteskrankheit nur auf Vererbung und Anlage zurückzuführen sei. Die Unrast, besonders im Großstadtbereich und im industriellen Produktionsprozeß trägt starke Gefahren in sich, die gleichfalls die geistigen Erkrankungen außerordentlich fördern. Dazu sind engere Beweggründe aus der sozialen Umwelt, Wohnungs- und Erwerbsnot unsere politische und wirtschaftliche Verhältnisse u. dgl. als maßgeblich für Geistes- und Nervenkrankungen erkannt worden. An die Kommunen richtete man nunmehr insbesondere die Forderung, ihre

gesundheitliche Fürsorge auch auf dieses Gebiet zu erstrecken. In richtiger Erkenntnis der Lage in den proletarischen Vierteln, in denen sich Gefahren für Erkrankungen sehr schnell aufsum, hat denn als erstes in der Stadtgemeinde Berlin das Bezirks-Gesundheitsamt Friedrichshain bereits Ende vorigen Jahres eine Fürsorgestelle für Nerven- und Gemütskranke eingerichtet. (Sprechstunden: In der Schillingstraße 2, Mittwochs von 19 bis 21 Uhr.) Zum leitenden Arzt wurde Dr. Juliusburger gewonnen. Dieser Fürsorgestelle ist die Aufgabe obliegt, durch aufklärende Vorträge die Bevölkerung in das Wesen der geistigen Erkrankungen und ihre Behandlungsmöglichkeiten einzuführen. Durch enge Fühlungnahme mit den Bezirkswohlfahrtsämtern, den Krankenkassen usw. wird die Möglichkeit eröffnet, den Kranken selbst wie auch den Familien weitgehende Fürsorge zuzuwenden. Mit Rat und Tat wird somit unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse ein Gebiet bearbeitet, das wiederum für die Volksgesundheit erschlossen werden kann, und zwar durchgreifender — weil die Familien selbst mit betreut werden können — als es unter den üblichen Verhältnissen möglich ist.

## Bierhundert Neuaufnahmen!

Die Delegierten der SPD. aus dem Kreise Wilmersdorf nahmen in einer Versammlung am Mittwoch im Viktoriengarten den Bericht des Kreisvorstandes vom letzten Jahr entgegen. Genosse Steinhöfel teilte mit, daß im letzten Jahr 400 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Kein Mitglied hat die Partei verlassen, in der Werbeweche hat jeder seine Pflicht getan. Der Zuschuß für die Werbung unter den Beamten hat große Erfolge verbuchen können, denn 1928 ist die Zahl der im Kreise organisierten Beamten auf 186 gestiegen. Auch die Arbeiterjugend und die Arbeiterwohlfahrt haben vorzüglich gearbeitet. Am 1. Mai wird der Kreis Wilmersdorf sein neues Banner weihen. Geschäfts- und Kasienbericht wurden ohne Diskussion genehmigt. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des Genossen Steinhöfel zum ersten, des Genossen Hahn zum zweiten Vorsitzenden und der Genossen Brender und Fischbach zu Schriftführern. Als Kassierer wurden die Genossen Grunow und Pape und zu Beisitzern die Genossen Söling, Preiste und Timm gewählt. Dieser ist als Vertreter der Beamten in den Vorstand delegiert. Nach der Wahl gab Genosse Woywod den Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Stadtordeinerungen und Bezirksversammlung. Sehr eingehend behandelte der Referent den Haushaltsset der Stadt Berlin, der in den nächsten Wochen zu verabschieden ist. Ein Erfolg der Sozialdemokratie ist es, daß trotz großer Belastung auch im neuen Etatsjahr keine Steuererhöhungen kommen. Auch die Wasser- und Elektrizitätspreise werden nicht erhöht. Unter freudiger Zustimmung der Versammlung berichtete der Referent, daß es endlich gelungen sei, die Zuführung zu erhalten, daß in diesem Jahr die erste Rate in Höhe von 250 000 M. für den Bau des Wilmersdorfer Krankenhauses in den Etat eingelegt wird. Die Partei hat in der Wilmersdorfer Bezirksverordnetenversammlung nicht so erfolgreich mitarbeiten können, wie im Stadtordeinerungsparlament. Denn in Wilmersdorf ist der Einfluß der Partei noch zu schwach. Selbst für die Wohlfahrtskommissionen werden unsere Parteigenossen nicht in dem Maße herangezogen, wie wir das verlangen müssen.

# Kunstseidene Sachen dreizehnmal gewaschen... und doch wie neu!

Diese wertvolle Erfahrung machten die Hersteller der bekannten Travisé- und Indra-Stoffe

Sie schreiben wie folgt: „Um unseren Kunden ein gutes Waschmittel empfehlen zu können haben wir umfangreiche Versuche angestellt. Probestücke haben wir dreizehnmal mit Lux Seifenslocken gewaschen, ohne dass eine Veränderung in Aussehen und Festigkeit zu sehen war. Die zarten Lux Seifenslocken greifen das Gewebe nicht an.“

Machen Sie sich diesen Rat zunutze. Verwenden Sie Lux Seifenslocken, so erhalten Sie sich Ihre zarten Kleidungsstücke lange wie neu

Die meisten Hausfrauen kaufen die vorteilhafte doppelgrosse Packung.

**LUX**  
SEIFENFLOCKEN  
SUNLIGHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM





Altes Preußen und neue Polizei.

Historisches und Aktuelles im Landtag.

Der Landtag setzte am Donnerstag die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Haas-Röln (Soz.):

Die beiden deutschnationalen Redner haben dem neuen Preußen das alte Preußen als Musterbeispiel entgegengesetzt. Das hat mich vom Großen Garnier nicht gewundert. Denn wenn er auch nach dem gräßlichen Taschenbuch sein Geschlecht bis auf 1650 zurückverfolgen kann, so doch nur in Frankreich, aus dem er stammt; auch das eingewanderte Junkertum hat das alte Preußen als seinen Staat angesehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der zweite deutschnationalen Redner Lindner bezeichnet sich im Handbuch als Vorhänger eines Arbeiterbundes, und da ist die Lobrede auf das alte Preußen schon wesentlich merkwürdiger. Er hat sich über Festeffen und Festinken ausgelassen. Die Frage, wer am meisten trinkt, die alten oder die neuen Beamten, oder wer am ersten befohlen ist, Deutschnationalen oder Kommunisten oder Sozialdemokraten ist wirklich kein Gegenstand der Parlamentserörterung. Um des lieben Friedens willen will ich der Rechten zugeben, daß sie heute hat, die uns rein erziehungsgemäß im Trinken weit über treffen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.)

Zur Charakterisierung des alten Preußens brauchte ich eigentlich nur an das Dreiklassenwahlrecht zu erinnern. Vor dem Umsturz waren hier 157 Landwirte und Großgrundbesitzer, 130 Beamte und 2 Arbeiter. Die Arbeiterklasse war von der Gesetzgebung ausgeschlossen, und wenn wir daran denken, was in den Wahlrechtsdebatten, in den Auseinandersetzungen über Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit im alten Landtag gesagt wurde, dann sollte für einen Arbeitervertreter doch da kein Platz sein, wo man dieses alte Preußen noch lobt. (Sehr gut! bei den Soz.) So hat 1905 Dr. von Burgsdorff hier im Landtag erklärt, die Arbeitslosenversicherung sei geradezu unmoralisch wegen der angeborenen menschlichen Faulheit. (Hört, hört! Zuruf: Das war die angeborene Junkerfaulheit!) Freiherr von Zedlitz hat 1906 darauf hier festgestellt, daß im Kampf gegen die übertriebene Sozialpolitik Preußen im Reich vorangehe. 1889 mußte der Minister von Boetticher von der Tribüne dieses Hauses feststellen, daß unzählige Landwirte sich weigerten, ihren Arbeitern am Sonntag etwas zu essen zu geben, weil sie an diesem Tage nicht arbeiteten.

(Hört, hört! bei den Soz.) Herr Lindner hat vorbeugend behauptet, die Deutschnationalen Partei sei eine junge Partei ohne Tradition. (Große Heiterkeit.) Aber die Herren Großen von Garnier, von Gersdorff, von Kries, von Mirbach, von Plehwe, von Rohrt, von Stünzner, von Waldhausen und von Winterfeldt haben eine Vergangenheit und können nicht verleugnen, was die Konserwativen vor dem Krieg hier im Hause getan haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Deutschnationalen haben nach den Leistungen der Republik gefragt. Wir leiden schwer unter den Folgen des Krieges. Aber immerhin, sehen Sie sich bitte Koalitionsrecht, Arbeitslosenversicherung, Betriebsratsordnung und Schlichtungsverfahren im alten Preußen und heute an! Wie wurden früher die armen Menschen erniedrigt, die sich die paar Pfennige Armenunterstützung abholten? Ihr Wahlrecht verloren sie dabei noch obendrein. (Sehr wahr!) Bei der Stellenbesetzung soll heute angeblich das Parteibuch entscheiden. Aber

von 414 Candeäten in Preußen sind jetzt ganze 54 Sozialdemokraten.

Die Arbeiter im Bande werfen mit Recht der Regierung vor, daß sie noch lange nicht genug tut, um den früher entrechteten Arbeitern bei der Besetzung der politischen Stellen zu ihrem Recht zu verhelfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Im alten Preußen konnte ein Sozialdemokrat nicht einmal Kammerwächter sein. 1907 ist hier im Hause noch festgestellt worden, daß organisierte Bauarbeiter nicht einmal aushilfsweise in den staatlichen Forsten beschäftigt wurden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Den besten Anhalt zur Verwaltungsreform hat die Auflösung der Gutsbezirke gebildet, die 30 Proz. der Fläche Preußens einnahmen. Von den neuen Kommunalgelehen wünschen wir den Gemeinden vor allem die wirtschaftliche Freiheit zu erhalten, die der Kern der Selbstverwaltung ist.

Wir hoben den Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Preußen gern zum Gegenstand der Auseinandersetzungen gemacht. Wer so gearbeitet hat, wie die Republikaner in der Nachrevolutionzeit, dem gehört die Zukunft, dem folgt das Volk! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Nach einer längeren Reihe Redner erschöpft sich die Debatte. Es folgt die allgemeine Aussprache über Polizeifragen.

Abg. Mardwald (Soz.):

Die Mut der Deutschnationalen im Hauptauschuss hat mir bewiesen, daß mit der notwendigen Aufräumungsarbeit in der Polizei jetzt wenigstens ein Anfang gemacht ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich darf auch mit Genugtuung feststellen, daß in jedem Fall von Mißhandlung oder Beschimpfung von Polizeiwachtmännern der Minister rücksichtslos durchgegriffen hat. (Widerpruch bei den Komm.) Ich wäre der letzte Sozialdemokrat, der wegen der koalitionsmäßigen Bindungen die Regierung verteidigt, wo sie Fehler macht. Aber ich habe mich tatsächlich in jedem einzelnen Fall aus den Akten überzeugt, daß Vorwürfe in dieser Beziehung gegen den Minister völlig ungerichtet sind. (Lebhafte Beifall bei den Soz.) Ebenso habe ich festgestellt, daß der Berliner Polizeikommandeur, der verdiente Oberst Heimannsberg, nirgends die Koalitionsfreiheit der Offiziere zugunsten des Schroder-Bundes eingeschränkt hat; er verhandelt sachlich und höflich ebenso mit den Beamten wie mit den Offiziersverbänden. Die von den Deutschnationalen geforderte Ausnahmebehandlung des Rotfrontkämpferbundes hat der deutschnationalen Minister von Reudell ja schon unumgänglich gemacht, als er den Rotfrontkämpferbund zu seinem Triumph vor dem Staatsgerichtshof verholfen hat. Es ist aber der

Stahlhelm genau so staatsfeindlich wie Rotfront, und ich halte es für eine wahnsinnige Zumutung an die Republik, die Waffen der Republik den Feinden anzuvertrauen, die den Stahlhelm gegen die Republik in ihrem Herzen hegen.

(Lebhafte Beifall links.) Wenn im alten Preußen Herr Schroder sein Gefelligkeitsverein der Polizeibeamten verboten wurde, trotzdem er die Sitzungen mit Ergebenheitskundgebungen für den Kaiser begann, dann braucht die Republik nicht soweit zu gehen, daß sie ihren geschworenen Feinden die Waffen in die Hand legt, mit denen sie die Republik stürzen wollen. Ich würde mich deshalb sehr freuen, wenn die Entrüstung der Deutschnationalen über den Innenminister bis zur nächsten Etablerung sich noch sehr steigern würde.

Die Wirtschaftsvorgen der Polizeibeamten können ohne Geld nicht behoben werden. Wenn die bürgerlichen Parteien sich gegen ernste Besteuerungen sträuben, helfen sie den Polizeibeamten auch mit den schönsten Resolutionen nicht. Aber schon mit den vorhandenen Mitteln könnte man

die Kriminalbeamten besser stellen und an den Pferden für die Reitturniere sparen.

Schließlich teilt die Polizeidirektion ein Ministerialdirektor und sein Stabsdirektor. (Große Heiterkeit.) Wir treiben keine Hehe gegen die Polizeioffiziere; wir haben unter ihnen sehr viele gute Freunde. Aber die Ueberproduktion an Stabsoffizieren ist überflüssig; manches könnte auch an der Besetzung gespart werden, z. B. an den unzweckmäßigen Hirsch fängern, und den Polizeibeamten anderweit zugute kommen. Man soll die Polizeibeamten auch nicht irrezien, teure Biletts zu Wohltätigkeitsveranstaltungen zu kaufen, die man den Kommandeuren unentgeltlich zuwendet. Die Schutzpolizeibeamten sind auch keine Lanzkavaliere. Was soll da ein Kommandobefehl in Berlin von Anfang November, wonach der Bayerländische Frauenverein im Hotel Esplanade einen Wohltätigkeitsball veranstaltet und „junge, kanzleifreudige Offiziere“ zur Teilnahme der Gruppe zu meiden sind? (Große Heiterkeit.) Erreuelicherweise regt sich in den Polizeibeamten der Widerstand gegen derartige Mißbräuche. Wir danken den Beamtengewerkschaften, daß sie die Beamten zum Selbstbewußtsein erziehen und sind überzeugt, daß die so erzogenen Beamten mit den Arbeitern gegen den Kapitalismus kämpfen werden. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Weiterberatung Freitag 11 Uhr.

Personalpolitik im AA.

Die hochgeborenen Herren werden bevorzugt.

In der Donnerstagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die Beratung des Personaletats des Auswärtigen Amtes für 1928 und 1929 begonnen. Dr. Stresemann hatte gebeten, sein Ausbleiben wegen sehr dringender Geschäfte zu entschuldigen. Referenten für den Etat sind die Abgeordneten Dr. Hoehsch (Dnat.) und Genosse Dr. Breitfeld. Beide brachten in eingehenden Darlegungen eine Reihe von Einzelfragen zur Sprache. Es wurde u. a. betont, daß das Reich des diplomatisch-konsularischen Dienstes reichlich groß sei. Wenn auch einzelne Stellen nicht ausreichend besetzt seien, wären auf der anderen Seite eine Reihe unserer Auslandsvertretungen völlig überlastet, und zwar gerade an den wichtigsten Knotenpunkten des Weltverkehrs. Die Vertretungen würden gewissermaßen als Agenten der Wirtschaft betrachtet. Es sei zu überlegen, ob diese Beamten nicht wieder mehr auf ihr eigentliches Tätigkeitsgebiet zu beschränkt seien. Mit großer Schärfe wandte sich Dr. Hoehsch gegen den Sammeletat von 2 1/2 Millionen Mark, aus dem die 836 Stellen unserer Gesandtschaften, Vertretungen und Konsulate bezahlt würden. Nach seiner Meinung sei die Zeit gekommen, wieder auf die Ordnung von 1913 zurückzukehren. Er würde beantragen, bis das Auswärtige Amt ein klares übersichtliches Bild wie 1913 über die Auslandsvertretungen vorlegen könne, bei jedem einzelnen Posten die etatsrechtliche Prüfung vorzunehmen, um auf das Auswärtige Amt den entsprechenden Druck auszuüben. Die Genehmigung der Zahlungen durch den Reichsfinanzminister genüge ihm nicht; er verlange die gleichberechtigte Mitwirkung des Ausschusses für den Reichshaushalt.

In der Besprechung brachte der demokratische Abgeordnete Berthard die Art und Weise zur Sprache, wie die Ersparnis von 600 000 Mark, die der Reichstag im vorigen Jahre beim Auslandsdienst beschlossen habe, durchgeführt worden sei. Man habe Kürzungen in erster Linie bei den jüngeren Delegationsräten vorgenommen, und so ist es z. B. mitunter gekommen, daß zur gleichen Zeit, als der Delegationssekretär sein vergrößertes Gehalt ausgezahlt bekam, der Gesandte ein erhöhtes erhielt. Für die Arbeit der mittleren Auslandsbeamten scheine ihm im Auswärtigen Amt nicht das nötige Verständnis zu herrschen. Anerkennung fände doch nur die Arbeit der hohen Beamten.

Bei der Zulassung zum Auswärtigen Dienst müsse natürlich die Tüchtigkeit und Eignung die erste Rolle spielen, man müsse aber unter allen Umständen verlangen, daß jeder Kandidat den heutigen Staat energisch und treulich bejahe. Es sei aber merkwürdig und nicht zu bestreiten, daß gewisse Kreise schneller und besser Beförderung erlangten, als Beamte, die etwa den Demokraten oder selbst der Volkspartei zugehörten, die einen avancierten bei den Botschaften und Gesandtschaften, die übrigen würden dauernd in den Konsulaten herumgeschoben. Warum läßt man die hochgeborenen Herren nicht einmal ein paar Jahre im Konsulatsdienst wirtschaftliche Dinge lernen? Ein ihm genau bekannter Weltreisender habe ihm neulich erzählt, daß im Deutschen Hause in Batavia über einer Zimmertür die Inschrift stehe: Nur für Korpsstudenten. Ganz besonders mühte man sich einmal die Herren Honorarkonsuln anzuhehen, die zwar den Titel von der Republik nehmen und damit gute Geschäfte machen, aber gar nicht vorbehalten, daß sie die deutsche Republik verachten und bekämpfen.

Abg. Dr. Schreiber (Zr.) wies darauf hin, daß das Auswärtige Amt vor dem Kriege 10 Millionen gekostet habe, heute 67. Er bemängelt die Ungleichheit der Kosten der einzelnen Auslandsstellen und die zum Teil außerordentlichen Erhöhungen. Die Auflösung des Abg. Bernhard bezüglich der Attaches teile er vollkommen. Die Sprachanforderungen an diese Beamten seien so groß, daß das Bestehen der Prüfungen schließlich davon abhängt, ob der Betreffende in der Kindheit eine französische oder englische Sprache gelernt habe. Er werde die Durchprüfung der Auslandsorganisation und der Auslandsbezüge durch den Spartenkommissar beantragen. Die Beratung soll morgen fortgesetzt werden.

Man ist nur so alt, wie man aussieht.

deshalb benutze man „Exiepang“. Gbt grauen Haaren die Jugendfarbe wieder. Färbt nach und nach. Vollständig unschädlich. Seit 30 Jahren Weltweit. Von tausenden Aerzten, Professoren usw. gebraucht und empfohlen. Preis M. 7.-. Für schwarze Haare „Extra stark“ M. 12.-. Erhältlich in Parfümerien, Friseurgeschäften, Drogerien usw., wo nicht, zu haben Parfümeriefabrik „Exiepang“, Berlin SO. 90, Muskauer Straße 9.

Advertisement for Tack shoes and socks. Features images of various shoes (Lochalschuh, Brokatschuhe, Lederspannenschuh, Herren-Stiefel) and a list of socks (Liwera-Strümpfe) with prices. Text includes 'EXTRA BILLIGE PREISE ZUR ÜBERGANGS-ZEIT' and 'Tack & Co. A.G. Burg'.



# Die Lohndruck-Offensive beginnt.

## Textilunternehmer geben das Zeichen.

Der von den Arbeitgeberverbänden schon zwischen allen Rede- und Druckzeilen angekündigte Angriff auf den Arbeitslohn hat nunmehr begonnen. Hierbei ist es kein Zufall, daß die erste Angriffswelle von den Textilunternehmern gestellt wird. Schon die Ereignisse im Herbst vorigen Jahres, die willkürliche Aussperrung im Rünchen-Bladbacher Revier, die sofortige Solidaritäts-erklärung des Deutschen Textilindustriellen-Verbandes und seine Forderung, 2 Millionen Textilarbeiter auf das Pfloster zu werfen, ließen damals erkennen, daß das Textilkapital viel wagen möchte. Wie der Verband der Deutschen Textilindustriellen damals erklärte, handelte es sich bei der Aussperrungsdrohung im Oktober um nichts anderes, als „den ewigen Lohnbewegungen endlich ein Ende“ zu bereiten. Jetzt aber geht das Textilkapital noch einen Schritt weiter. Es handelt sich für die Unternehmer nicht mehr darum, Lohnbewegungen abzuwehren, sondern sie

### stellen ihren Belegschaften ein Ultimatum, Lohnföhrungen hinzunehmen oder sich aussperrten zu lassen.

So sind in dem Bezirk Barmen und in dem Wuppertaler Revier den Belegschaften föhmliche Arbeitsverträge zum 18. und 19. Februar gekündigt und es ist ihnen zugemutet worden, neue Verträge mit 8 1/2 prozentiger Lohnsenkung abzuschließen. Dies würde bedeuten, daß ein Arbeiter künftighin mit 30 M. in der Woche und eine Arbeiterin mit 21 M. Wochenlohn nach Hause käme. Zu gleicher Zeit haben die Niederrheinischer Textilindustriellen etwa 20 000 Arbeitern gekündigt, und da der Kampf der sächsisch-thüringischen Weber, von denen Qualitätsarbeiter mit dem Glendlohn von 140 M. im Monat auskommen müssen, noch nicht beendet ist, so umfassen die Arbeitskämpfe in der Textilindustrie rund 200 000 Mann.

Die Textiltrenten haben nicht vergessen, vor diesen Kämpfen die Deffentlichkeit gründlich in ihrem Sinne zu bearbeiten. Ihre Konjunkturberichte waren seit Monaten schwarz in schwarz gefärbt und immer wieder wurde mit Nachdruck auf den Lohnanteil hingewiesen, der die Industrie zur Konkurrenzunfähigkeit verdamme. Daß die Textilkonjunktur nach den Glanzzeiten vom Herbst 1926 bis Anfang 1928 im Laufe des letzten Jahres sich stets etwas verschlechtert hat, wird niemand bestreiten. Rein Einsichtiger hat aber auch erwartet, daß der fest

### beispiellose Ausschöpfung der Textilindustrie

ewig anhalten würde. Ausschlaggebend für die jetzige Entwicklung im Textilgewerbe ist jedenfalls, daß trotz des Beschäftigungsrückganges, der die ganze Wirtschaft betroffen hat, Auftragselgang und Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie seit dem November 1928 stabil geblieben sind, sich sogar teilweise gebessert haben. Die Zahl der Arbeitlosen im Textilarbeiterverband stieg im letzten Vierteljahr nur um 1/2 Prozent, zugleich sank aber die Zahl der Kurzarbeiter in der gleichen Zeit um

1/2 Prozent, so daß dadurch ein weitgehender Ausgleich geschaffen wurde. Die Aufträge bei den Kammgarn-Spinnereien und -Webereien sind noch beständig, auch die Lage bei den Wollwebefabriken ist besonders durch ein lebhaftes Exportgeschäft nicht ungünstig. Im sächsisch-thüringischen Bezirk hat die Nachfrage nach karierten Stoffen sogar zu verstärkten Neueinstellungen geführt, während im Münsterland vielfach noch 34 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Ausgesprochen günstig ist die Lage in der Jute- und Kunstseideindustrie, wo die Werke mit 90—100 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten. Wenn auch bei den Wollwebereien und in der Leinenindustrie ein scharfer Rückgang der Beschäftigung festzustellen ist, zeigen die angeführten Beispiele doch, daß von

### einer Textiltreife nicht die Rede sein kann.

Am übrigen haben zwar die Textilunternehmer sehr schnell, ihre Belegschaften dagegen um so weniger, vergessen, welche reichen Profite in der letzten Hochkonjunktur vom Textilkapital erzielt wurden. In der Bilanzstatistik deutscher Aktiengesellschaften vom Januar 1928, in der sich die Konjunkturergebnisse nach nicht voll auswirkten, betrug bei 365 Unternehmen der Reingewinn 68,8 Millionen, während bei 188 Unternehmen ein Gesamtverlust von 28,1 Millionen eingetreten war. Im August 1928 hatte sich das Bild bereits erheblich zum Besseren verhalten. Der durchschnittliche Reingewinn war von 4,8 auf 11,3 Proz. des Aktienkapitals gestiegen, und die durchschnittliche Dividende sämtlicher erhaltener Unternehmen — einschließlich der Verlustgesellschaften — war von 4,7 auf 6,3 Proz., also um rund 35 Prozent gestiegen.

In der letzten Bilanzstatistik vom Januar 1929 wurden 597 Unternehmungen mit fast einer Milliarde Kapital erfaßt. Von diesen erzielten 482 Gesellschaften mit 305 Millionen Kapital einen Reingewinn von 118,2 Millionen Mark, während 115 Gesellschaften mit nur 70 Millionen Kapital einen Verlust von 13 Millionen Mark zu verzeichnen hatten. Abzüglich der Verluste betrug der Gesamtdurchschnitt des Reingewinns 10,8 Proz. Abgesehen von den Banken, hat

### die Textilindustrie den höchsten durchschnittlichen Reingewinn sämtlicher Unternehmungsgruppen erzielt.

Von fehlenden Gewinnen kann also bei der Textilindustrie nicht die Rede sein. Damit fällt auch die von den Unternehmern gegebene Begründung in sich zusammen. Bleibend ist bei der bisher geübten Praxis der Textilindustriellen der Grund ihres Vorgehens einzig und allein darin zu suchen, daß sie die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu einem Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auszunutzen wollen. Es kommt den Unternehmern dabei nicht in den Sinn, daß ihr Vorgehen sich an niemand so schwer rächen wird, wie an ihnen selbst.

# Großbankabschluß Nummer zwei.

## Wird die Berliner Handelsgesellschaft ihre Selbständigkeit aufgeben?

Ruß der Reichskredit A.-G. hat jetzt die Berliner Handelsgesellschaft ihre Jahresabschlüsskiffern für 1928 ebenfalls bekanntgegeben. Das ist der zweite Großbankabschluß, der über eine Berliner Bank berichtet, die ebenso wie die Reichskredit A.-G., aber im Gegensatz zu den sogenannten D-Banken in Berlin und im Reich kein Depozitenkasseninstitut hat. Die Berliner Handelsgesellschaft ist eine alte zentrale Kreditbank großer Industrie- und Handelsfirmen mit dem Glanz einer gewissen Vornehmtheit, der zum Teil auf den jetzt 78-jährigen verantwortlichen Chef Carl Fürstenberg zurückgeht und von dem es heißt, daß er sich im 72. Geschäftsjahr der Handelsgesellschaft von der aktiven Leitung der Geschäfte in den Verwaltungsrat der Bank zurückziehen wollte.

Carl Fürstenberg hat das große Verdienst, im Jahre 1924 nach Beendigung der Inflation, für sämtliche deutsche Banken das Beispiel dafür gegeben zu haben, daß das Kapital der Banken im Gegensatz zum Vorgehen der Industrie in den Goldbilanzen sehr niedrig angesetzt wurde, was nicht zuletzt dazu beigetragen hat, daß die private Bankwirtschaft in Deutschland in dem wechselvollen Wirtschaftsaufschwung seit 1924 eine große Widerstandsfähigkeit bewies. Carl Fürstenberg hat auch an den alten Traditionen eines individuellen Bankkaufmannes und persönlichen Beraters seiner Kunden festgehalten und sich von dem Geldmangel in aller Welt und einer aktiven Industriepolitik, wie sie von den übrigen großen Banken betrieben wird, absichtlich ferngehalten. Aber es scheint doch, als ob die Entwicklung der Dinge nicht Carl Fürstenberg, sondern der Politik der großen deutschen Depozitenkassen rechtgegeben hat.

Die Berliner Handelsgesellschaft ist heute sicher so gut und so solide wie je. Aber wenn man ihre Bilanzkiffern in den letzten Jahren ansieht, so zeigt das Bild doch eher eine gewisse Stagnation als einen lebendigen Fortschritt. Der Umsatz hat sich im vergangenen Jahre auf 25 gegenüber 22 Milliarden im Jahre 1927 und um 20 Milliarden im Jahre 1928 erhöht. Diese Steigerung ist in der Tat geringfügig, wenn man sie mit der Entwicklung bei den D-Banken vergleicht. Die Summe der der Bank zur Verfügung stehenden fremden Gelder ist zwar im Jahre 1928 von 343 auf 399 Millionen gestiegen, aber dabei ist zu beachten, daß von 1926 bis 1927 ein kleiner Rückgang zu verzeichnen war. Wenn die Bilanzsumme im vergangenen Jahre auch von 388 auf 461 Millionen gestiegen ist, so muß man dabei schon die Erhöhung des Kapitals um 8 Millionen und die Erhöhung der Reserven um 10 Millionen, die zum Schluß vorigen Jahres vorgenommen wurde, im ganzen also 16 Millionen abziehen.

Die Verwendung der fremden Gelder der Bank scheint zum mindesten keine Ausdehnung des eigentlichen Großbankgeschäftes zu verraten. Die Wechsel- und Devisenbestände sind von 66 auf 64 Millionen zurückgegangen, die ausgeliehenen Vorsorgegelder und Wertpapierdarlehen — sicher im Zusammenhang mit der schwachen Börse — von 43 auf 40 Millionen. Und wenn die Verschüsse auf Lagernde und schwimmende Waren von 62 auf 93 Millionen gestiegen sind, so spricht das auch für eine mehr nach außen gerichtete Aktivität. Die auf laufende Konto gewährten Kredite sind um 23 von 136 auf 159 Millionen gestiegen.

Die Gewinnrechnung des vergangenen Jahres hat durch die Sondereinnahme aus amerikanischen Freigabegeldern von rund 8 Millionen Mark diesmal einen besonderen Charakter. Diese 8 Millionen werden aber zusammen mit dem Vortrag aus 1927 von 1,97 Millionen in der runden Summe von 10 Mil-

lionen den Reserven zugeführt. Die Zinsgewinne sind aus dem im ganzen vergrößerten Geschäft und den erhöhten Zinsfügen von 5,83 auf 6,65 Millionen gestiegen, während die Provisionen — nicht zuletzt durch die schlechte Börse — von 4,50 auf 4,04 Millionen zurückgegangen sind. Aus den Effekten und Anteilsbelegungsgewinnen sind 1,30 Millionen Mark in die Bilanz eingeführt. Nach Abzug der Verwaltungskosten von 6,46 Millionen (Vorjahr 6,61 Millionen) und der von 1,80 auf 1,95 Millionen erhöhten Steuern bleibt ein durch die Reservenstärkung künstlich verringert Reingewinn von 2,95 Millionen, aus dem wie in den früheren Jahren wieder 12 Proz. Dividende verteilt werden.

In den letzten Tagen wollen die Gerüchte nicht nachkommen, nach denen die Berliner Handelsgesellschaft mit der Darmstädter und Nationalbank verschmolzen werden soll. Diese Gerüchte sind begründlich, nachdem der unerwartete Zusammenschluß der Mittelbanken mit der Commerz- und Privatbank größere Bankzusammenschlüsse wieder als möglich hat erscheinen lassen und nachdem man als sicher annehmen will, daß Carl Fürstenberg aus der aktiven Bankierstätigkeit zurücktreten will. Nun ist die Lage bei der Berliner Handelsgesellschaft gewiß nicht so wie seinerzeit bei der A. G. S. Feilg Deutch von der A. G. S. hatte den großen Elektrokonzern alszulange auf zwei Augen stehen lassen und bei seinem Tode war die Frage der Nachfolge eine ziemlich schwierige Angelegenheit. Bei der Berliner Handelsgesellschaft sind im Vorstand Leute vorhanden, denen Fürstenberg die Leitung der Geschäfte ruhigen Gewissens übertragen könnte.

Aber wenn gerade die Darmstädter und Nationalbank mit ihrem sehr beweglichen und zweifelloserfolgreichen Jakob Goldschmidt als Zusammenschlußpartner genannt wird, so wäre für die Danat und für Jakob Goldschmidt die Berliner Handelsgesellschaft sicher ein Willen, der sehr viel Freude machen könnte. Es kommt hinzu, daß die Danat von Jakob Goldschmidt auch lapidarmäßig ziemlich beherrscht wird und daß auch bei der Berliner Handelsgesellschaft die Herrschaft in ganz wenig Händen vereinigt ist. Aber man wird dem „Berliner Tageblatt“, das immer gute Beziehungen zur Berliner Handelsgesellschaft hatte, wohl Glauben schenken können, wenn es behauptet, daß an den Fusionserwartungen wenig Wahres sei.

## London verteuert den Kredit.

### Eine Wirkung auf Deutschland?

Die Londoner Finanz- und Börsenwelt ist in großer Aufregung. Die Bank von England hat plötzlich die Kredite verteuert und den Diskontsatz, zu dem Banken und Wirtschaft von der englischen Zentralbank Geld borgen können, um ein volles Prozent von 4 1/2 auf 5 1/2 erhöht. In der Tat ist die Erhöhung um ein volles Prozent für ein in seinen wirtschaftlichen Entschlüssen so konservatives Land wie England und ein so vorzügliches Zentralinstitut wie die Bank von England eine ungewöhnliche Sache. Für die Wirtschaft selbst ist die Verteuierung des Kredits natürlich sehr fühlbar. Wir brauchen ja nur daran zu denken, daß man in Deutschland schon von der Senkung des Reichsbankdiskonts um ein halbes Prozent, wie sie im Januar erfolgte, eine Befebung des Wirtschaftslbens erwartet. Die Spekulationen der Börse und die Londoner Finanziers werden aber durch eine solche einprozentige

Diskontserhöhung, die dazu nicht einmal aus wirtschaftlichen Gründen vorgenommen wird, besonders stark in ihren Plänen gestört.

In der Tat hat die Verteuierung des Kredits in England keine eigentlichen kreditpolitischen, sondern Währungsgründe. In New York war der Diskontsatz seit dem Monat Juli d. J. um ein halbes Prozent höher als in England, das seinen Diskont von 4 1/2 Prozent schon seit April 1927 unverändert gelassen hatte. Dieser höhere Diskont in New York hat viel englisches Geld nach Amerika geführt, im Zusammenhang damit die Nachfrage nach amerikanischen Dollars gesteigert und den Devisentkurs des Pfund Sterling geschwächt. Das führte dazu, daß England sehr viel Gold ans Ausland abgab; in der letzten Woche allein wurden 66 Millionen Mark Gold verschifft, nachdem schon in den Monaten vorher, insbesondere die Deutsche Reichsbank sehr viel englisches Gold aufgenommen hatte.

Die Bank von England will nun ihren Goldbestand im Verhältnis zu den von ihr im Umlauf gehaltenen Noten nicht mehr sinken lassen, denn der Bestand hat nach den letzten Goldabflüssen den Betrag von 3 Milliarden Mark fast unterschritten, eine Summe, die man aus traditionellen Gründen für die Sicherheit der Währung für unbedingt erforderlich hält. Aus diesem Grunde hat die Bank von England den Diskontsatz erhöht, und zwar, um sofort einen nachhaltigen Erfolg zu erzielen, um ein volles Prozent.

Die Folge der Diskontserhöhung in London — damit rechnet die Bank von England — wird ein Rückstrom von Geldern nach London sein, die heute zum großen Teil in den Vereinigten Staaten arbeiten. Aber auch für Deutschland ist eine gewisse Rückwirkung in dem Sinne nicht ausgeschlossen, daß die geringe Zinsdifferenz zwischen Berlin und London — 6 1/2 gegen 5 1/2 Prozent — kurzfristige englische Gelder aus Deutschland abzuleiten wird. Es ist aber nicht zu erwarten, daß daraus im deutschen Kreditwesen eine Unruhe entstehen wird, weil einmal in Deutschland gegenwärtig sehr viel inländisches Geld arbeitslos ist und darüber hinaus die Reichsbank, die für ihre eigenen Mittel sehr wenig Geschäfte findet, noch sehr viel Spielraum zur Kreditgewährung hat.

## Neues zur Beurteilung der Konjunktur.

Das Statistische Reichsam hat den Großhandelsindex für den Monat Januar veröffentlicht. Mit 138,9 gegen 139,9 im Dezember zeigt er einen Rückgang um einen Punkt. Den höchsten Großhandelsindex des vorigen Jahres zeigte der Monat Juli mit 141,6 Proz. Gegenüber dem Juli 1928 ist also im Januar ein Rückgang von 3 Punkten zu verzeichnen, was man kaum sehr viel nennen kann. Dabei ist am stärksten wieder der Index für die Agrarstoffe gesunken, gegenüber Dezember von 134,1 auf 131,7, nach 136,6 Proz. im Juli. Die Rückgänge bei den industriellen Rohstoffen und Halbfertigen und bei den Fertigwaren, die für die Beurteilung der Konjunktur entscheidend sind, sind gegenüber Dezember dagegen wieder minimal. Rohstoffe und Halbwaren gingen von 134,1 auf 134 zurück gegen 135,1 im Juli. Fertigwaren von 139,3 auf 138,8 gegenüber 139,4 im Juli. Erneut kann man also aus der Bewegung des Großhandelsindex der industriellen Waren feststellen, daß von einer eigentlichen Preislenkung, die konjunkturrell wichtig wäre, noch kaum die Rede sein kann.

Das Institut für Konjunkturforschung bringt in seinem letzten Wochenheft vom 6. Februar einige Werturteile, die nach unserem Dafürhalten aber auch weniger für einen stärkeren Rückgang der Konjunktur sprechen als das Institut annimmt. Denn die volkswirtschaftliche Umgeschwindigkeit im Monat Januar, wo sie saisonmäßig ohnehin immer sehr gering ist, vom Institut als konjunkturrell nach unten beeinflusst gekennzeichnet wird, so ist dabei zu beachten, daß durch den in diesem Jahre sehr viel früher liegenden Zeitpunkt der vollen Auswirkung aller Saisonmomente auch die Kaufkraft der Massen viel früher abgestoppt wurde, was sich im Januar dann stärker fühlbar machen muß als sonst. Die arbeitsmäßige Wagengestellung der Reichsbahn, in der man die Transportumfänge einigermaßen messen kann, ist nach den Feststellungen des Instituts im Januar gegenüber dem Januar vorigen Jahres um 6 Proz. zurückgeblieben. Aber auch hier halten wir zunächst noch Rücksicht für geboten, da die Transporte durch den Frost auf vielen Schienen besonders stark gebremst sind. Für den vom Institut festgestellten leichten Rückgang des Post- und Geldverkehrs gilt daselbe, denn auch der Geldverkehr geht mit saisonmäßig besonders stark verringerten Umsätzen und verringerten Transporten notwendig zurück, wozu noch kommt, daß aus psychologischen Gründen, die mit den Reparationsverhandlungen zusammenhängen, die industrielle und kaufmännische Unternehmungslust kleiner geworden ist.

Immerhin ist noch wenig Arbeit über die Konjunktur vorhanden, und die Entwicklung der Dinge muß noch gründlich verfolgt werden.

## Sarotti bekommt einen neuen Herrn.

Die Weltfotografenfirma Sarotti in Berlin wurde bisher in der Hauptsache von dem Vorstandsmittglied Kanold beherrscht, der ausreichend Sarotti-Aktien besaß, um die Beschlüsse der Generalversammlung nach seinem Willen zu lenken. Herr Kanold scheidet jetzt aus dem Vorstand der Sarotti-A. G. aus, und seine Aktien sind von dem bekannten Restle-Kinderwohl-Gesellschaft erworben worden, wodurch die Herrschaft über Sarotti zum größten Teil auf diese Gesellschaft übergeht. An die Stelle von Herrn Kanold tritt Herr Riggenschon von der Deutschen A. G. für Restle-Erzeugnisse, und die Restle-Gesellschaft wird auch entsprechend ihrem Kapitalbesitz in den Aufsichtsrat der Sarotti-A. G. eintreten.

**Mehr Konkurse im Januar.** Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes wurden im Januar 1929 durch den Reichsanzeiger 832 neue Konkurse — ohne die wegen mangels an Masse abgelehnten Anträge — und 259 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Im Dezember stellten sich die entsprechenden Zahlen auf 624 bzw. 252. Die Zahl der Konkurse ist also nicht unerheblich gestiegen.

## Bürste dein Haar

oft und gründlich. Ihr Mädchen und Frauen denkt daran, daß Ihr das Haar jetzt fast so kurz trägt wie die Männer. Wollt Ihr es in Schönheit erhalten, pflegt es mit ELIDA Shampoo. Es macht Haar und Kopfhaut gesund, gibt wunderbaren Seidenglanz.

L. PARFUMERIE-FLIDA A. O. LEIPZIG  
Senden Sie mir kostenlos ein Päckchen ELIDA-SHAMPOO  
Name: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
Kleben Sie den ausgefüllten Kupon auf die Rückseite einer Postkarte.



## Gabriele Reuter 70 Jahre

Gabriele Reuter steht als eine der eigenartigsten und beachtlichsten Erscheinungen in der Frauendichtung unserer Zeit da. Ihre Werke erzählten mit Recht vor zwanzig und dreißig Jahren größtes Aufsehen. Thomas Mann nannte sie damals „die souveränste Frau Deutschlands, souverän nicht, weil sie die emanzipierteste wäre, sondern weil sie auch über die Emanzipation schon hinaus ist — von jeder darüber hinaus war, und zwar vermöge ihrer künstlerischen Selbstliebe“.

Das erste Buch, das ihren Namen in aller Welt bekannt machte, das als eine geradezu aufrührerische Tat angesehen wurde, war der 1895 erschienene Roman „Aus guter Familie“. Er behandelte das hinter glänzender Außenwelt verborgene Elend des Schicksales unendlich vieler selbstlich und geistig darbender, innerlich still verblutender Töchter „aus guter Familie“. Der feiertunlich anseherordentliche Roman legte eine verborgene, aber schwärende Wunde der deutschen Familien- und Gesellschaftslebens bloß und reichte die Dichterin unverfälscht und ungewollt, ja sehr wider ihren Willen, unter die Namen der Führerinnen der deutschen Frauenbewegung ein.

Ihr bedeutendstes Werk ist „Das Tränenhaus“, ein Buch, das in seiner rückwärtslosen Offenheit erschütterte. Wie ist der Ruf nach dem Recht der Mutter so eindringlich in die Welt gedrungen, wie hat er zugleich die hohe Kunstform einer so wichtigen balladenhaften ländlichen Elegie angenommen wie in diesem Buche. Wie auch ist in das Heißdunkel eines Tränenhauses, d. h. eines Hauses, in dem ledige Mütter der ungarisch-zubringlichen Schwachhaftigkeit und Unmenschlichkeit geldgieriger und schamloser Hebammen verfallen sind, mit so freimütiger Ummantelung hineingeleuchtet worden. Die Leserin hat stellenweise Peinliches, weil man einerseits in so zarte, heile und innerliche Dinge eingeweiht, andererseits so abgründigen Gemeinheiten ausgeführt wird, daß man das Gefühl hat, als müsse man sich unbelugt in geheimte Umstände. Und doch walzt stiller Eifer von ungewöhnlicher Verdienstlichkeit in dem Buche.

Der leichte Verleghelme zimperlicher Wohlerzogenheit zum Trotz gibt die Dichterin offenborungsartig Aufklärungen über Küstärungen, enthält sie die Frauenwelt in einem Zustande sonst verschweigerter Heimlichkeit. Von Mutterangst und Mutterweh schreit es in diesem Buche, doch weder klagend noch anklagend, sondern aufrichtig, so warm wie Weib, in lauterer Seelenreinheit. In einem württembergischen Dorflein häußt die Liffenbacherin mit einer Reihe von ergeben bildenden Mädchen, die der schmerzlichen Stunde ihres verlassenen und geschändeten Daseins entgegenharren. Die Heldin lernt dort erkennen, daß „das Wesen der Ehe im letzten Grunde immer die Herrschaft und Tyrannei der Frau über den Mann bedeutet“. Sie beginnt mitleid zu denken über den, der sie verließ. Und sie kommt zu der Einsicht, daß die grausame Natur des Weibeschicksals durch keine Gesetze, keine Rechte abwendbar ist; daß alles natürlich Verheißende still und langsam wächst — auch das Recht der Frau. Recht und Gewalt könnte der Weibchen der Liebe gewinnen, wenn er die Frauen zusammenschloße zu einer Einheit, darin alle für eine und alle für alle stehen, in der Zeit, wo die Frau am schweblichsten ist. — Nicht nur jede Frau, sondern die gesamte junge Manneswelt sollte in dieses erste Buch um seines ethischen Inhaltes willen sich versetzen.

Auch einige ihrer anderen Romane, so „Frau Bürgelins Söhne“, der schwere Drang der Elternliebe, beleuchtet, und der Kriegsroman „Die Herrin“ aus dem Jahre 1918, in dem die Ehe nur schlimme Enttäuschungen bringt, der aber verhältnismäßig aussticht, sowie manche ihrer kleineren Erzählungen, Novellen und Stücken, von denen mehrere Bände vorliegen (einer auch bei Reclam), haben beträchtliche Werte, indem sie tief ins alltägliche Leben dringen. Die

melancholische Novelle „Treu“ ist die Geschichte einer von ihrem Gatten verlassenen jungen Frau, die dem immer noch geliebten Manne den Wusch nicht zu verweigern vermag, ihr Schicksal mit in seine neue Ehe zu nehmen, so daß ihr das Einzige geraubt wird. Recht hübsch, aber auch recht boshaft trotz gefälliger, ungefüllter und munter treuherziger Form ist das Hiltörchen (in der Novellenfassung „Frauenleben“) vom verschwiegenen „Opernglas“, durch das drei Frauen nacheinander sehnsuchtsvoll nach dem Einen schauen, von dem sie nicht ahnen, daß er ihnen allen ganz das gleiche gilt — und ganz das gleiche schwur. Die Kindergeschichte vom „Neuen Balletot“ klingt aus mit der beziehungsreichen Weisheit, daß Mutterliebe recht hat, wenn sie zwischen einen törichten und unvernünftigen Kinderwunsch erfüllt, von dem das Herz ahnt, daß er wohl dem Kinde, wenn auch noch so kurzes und beschelbendes, doch unvergessliches Glückgefühl zu beschaffen vermöchte.

In den Schöpfungen Gabriele Reuters sind die Frauen allemal die Klugen, die Weisen, die weit Empfindungsstärkeren, die seelisch Verfeinerten. Das ist gewiß nicht ganz gerecht. Das Leben ist objektiver, verteilt Licht und Schatten gleichmäßig unter die Geschlechter. Gabriele Reuter stellt bewußt einseitig beharrlich die Frauenwelt über die Seele des Mannes. Bei ihr sind die Männer mit wenigen Ausnahmen (wie dem hochfintigen Konzeptionsneuerer Grafen Altenhagen in „Lise Lotz von Redling“) herzlos, untreu, fast vernünftig, ohne Zartheit. Es unterliegt keinem Zweifel: so gut sie Frauenchicksale zu gestalten versteht, so wenig ist es ihr eigen, durch mitleidende Phantasie eine klar gegliederte, reiflos nachempfundene Mannesgestalt in lebensvoller Geistigkeit zu charakterisieren. Berechnungswort bleibt sie aber auch der Männerwelt als ernste, tapfere Vorkämpferin für die Selbstständigkeit des Weibes. Sie ist eine Dichterin, die des Lebens Licht und Finsternis mit gleicher Gefühlskraft zu erfassen und darzustellen vermag.

Wer einmal ihr persönlich begegnete, behält ein Bleibendes. Sie ist eine schöne Frau, eine hohe, schlank, vornehme Erscheinung mit weichen, zarten, feinen Zügen, dunklen, mild und gültig und verheißend blühenden Augen, eine Frau von reichem Geiste. Ihr weiches Haar, das ihr wundervoll zu Gesicht steht, die Augen und die Mundpartie erzählen von überreicher Duldung und Entladung.

Gabriele Reuter wurde zu Alexandrien in Ägypten geboren und hat dort ihre Kindheit verbracht. Wie sie in der Geschichte ihrer Jugend „Von Rinde zum Reichen“ berichtet, hat ihre sie abgöttisch liebende schwarze Amme sie heimlich entführt, ist aber nicht weit mit ihr gekommen. Noch an demselben Tage wurde das Kind den Eltern wieder zugestellt. Ihre Schuljahre verbrachte Gabriele Reuter in Dessau, der Heimat ihrer Mutter, geb. Behmer, und in einer Mädchenerziehungsanstalt bei Wolfenbüttel, reiste in den großen Ferien aber stets zu ihren Eltern nach Ägypten. Nach dem Tode ihres Vaters, des ersten preussischen Kaufmann-Konkuls und eines der ersten deutschen Kulturpioniere in Ägypten, der von der medienburgisch-pommerschen Grenzstammes, zog ihre Familie nach Rauhöfden bei Wilmersdorf, dann nach Berlin. Später lebte sie mit ihrer Mutter in München-Schwabing, und seit dreißig Jahren hat sie ihren Wohnsitz in Berlin.

Wie sie zehn Jahren schrieb sie ihre erste Novelle und „Erinnerungsblätter aus Ägypten“, die in Roggeburgischen und Ebersfelder Zeitschriften erschienen.

Im schweren deutschen Jahre 1919 schrieb Gabriele Reuter die guten Worte: „Der deutsche Wiederaufbau muß vom inneren Geist des deutschen Menschen aus beginnen, in Stille, Ernst und Würde.“  
Paul Wittke.

und warmen Windern aus. Nun zeigen sich aber innerhalb der 33-jährigen Klimaschwankungen Unregelmäßigkeiten, ungleiche Zwischenräume, die darauf hindeuten, daß diesen im Mittel 33-jährigen Klimaschwankungen solche von längerer Dauer gewissermaßen „überlagert“ sind. In der Tat haben auch andere Forscher wie Köppen und Easton solche längeren Perioden ermittelt, die teils 60%, teils 80 Jahre umfassen, Perioden, die man bisher als sekulare Schwankungen bezeichnet hat. Diese Perioden bilden ziemlich genau ein Vielfaches der 11-jährigen Sonnenfleckenperiode, und Ell Rosenbaum-Wien hat durch einen genauen Vergleich der Sonnenfleckenperioden mit den entsprechenden Klimaperioden nicht nur deren Überlagerungen ermittelt, sondern auch nachgewiesen, daß die Sonnenfleckenmaxima von besonderer Intensität fast stets mit einer Periode kalter und trockener Winter zusammenfallen, wogegen Fleckenmaxima von geringerer Intensität mit milden und feuchten Wintern einhergehen. Rosenbaum zieht daraus den Schluß, daß dem gegenwärtigen intensiven Fleckenmaximum eine Epoche folgt, in der das mitteleuropäische Klima kontinentalen Charakter, also warme Sommer und kalte Winter haben wird. Seine im letzten Heft der „Meteorologischen Zeitschrift“ veröffentlichten theoretischen Untersuchungen finden durch die allernächste klimatische Entwicklung jedenfalls ungemein rasch ihre Bestätigung. Wir können natürlich nicht wissen, wie lange die Reihe der uns vermutlich bevorstehenden kalten Winter dauern wird; ebensowenig läßt sich sagen, ob unter ihnen einer oder mehrere sehr strenge Winter — deren es im Jahrhundert durchschnittlich überhaupt nur fünf bis sechs gibt — sein werden. Möglicherweise wird die Reihe auch einmal durch einen recht milden Winter unterbrochen werden. Aber die große Wahrscheinlichkeit spricht jedenfalls dafür, daß die lange Reihe meist milder und sehr milder Winter nunmehr abgeschlossen ist, und daß wir am Beginn einer Epoche stehen, in der die Winter vorwiegend kalt sein werden.  
R. P. L. Loebl.

## Neus vom Stichling

Ueber das Eheleben des Stichlings, dieses kleinsten unserer Süßwasserfische, hat Dr. Wunder-Breslau interessante Beobachtungen gemacht, die unsere bisherigen Kenntnisse von der eigenartigen Fortpflanzung dieses kleinen mehrheitlich Fischchen wertvoll ergänzen. Bekanntlich ist es das Stichlingsmännchen, das die bei den meisten anderen Tieren dem Weibchen obliegende Kindererziehung beorgt. Es baut aus Holmen, Wurzelstücken und dergleichen ein Nest, indem er diese Stoffe mit einem Saft, den seine Nieren absondern, verklebt. In das fertige Nest, das er mit Sand bedeckt, führt er — und ist es nicht wüßig, so braucht er Gewalt — ein Weibchen, manchmal sogar mehrere, zur Eiablage und läßt seinen Laich auf die Eier liegen. Dann bleibt er vor dem Nest und fächelt den Eiern mit den Flossen frisches Wasser zu; gegen Sechsenriehre fremder oder eigener Art verteidigt er das Nest mit großem Mut. Auch nachdem die Brut ausgeschlüpft ist, behütet er sie noch sorgfältig, sammelt sie, wenn sie das Nest vorzeitig verlassen will, in seinem Maul und spudt sie ins Nest zurück.

Dr. Wunder hat nun Beobachtungen mit dem eigenartigen Ergebnis angestellt, daß der Erfolg des Stichlingsmännchens von seiner „seelischen Disposition“, wenn man so sagen darf, abhängig ist. Ein Männchen, das in dem als Hochzeitsstube dienenden Aquarium heimisch und eingewöhnt ist, bleibt gegenüber einem neu hinzukommenden, auch wenn es größer und stärker ist, stets Sieger. Von zwei Männchen, von denen das eine ein Nest mit Eiern, das andere ein noch nicht belegtes Nest besitzt, bleibt aber unter allen Umständen das erstere Sieger; das Gefühl, seine Kinder verteidigen zu müssen, verleiht ihm also besonderen Mut und Kraft. Zunächst erhält das Nest nur einen Eingang; das Weibchen wird vor diesen Eingang geführt und, wenn es nicht hinein will, mit Gewalt hineingestoßen oder, wenn es entfliehen will, verfolgt und oft getödtet. Eine interessante Beobachtung, die ein Schlaglicht auf die Frage: Vernunft oder Instinkt wirft, ist die folgende: legt man ein laichreiches Weibchen in ein Aquarium ohne Nest zulammen, so versucht das Männchen, der Ehefrau ein Nest vorzutun, indem es sie vor irgendeinen Gegenstand führt und mit dem Kopf ein Loch hineinfräht; meistens lehnt das Weibchen diesen „Ersatz“ aber ab; anscheinend hat es also, obwohl es selbst vom Nestbau nichts versteht, eine Vorstellung davon, wie ein Nest beschaffen sein muß.

Die vom Männchen befruchteten Eier verkleben sich zu einem kleinen Kuchen von zwei oder drei Schichten. Das Männchen fächelt nun dauernd frisches Wasser in das Nest und bohrt mit dem Fortschreiten der Eientwicklung ein Loch nach dem anderen in das Nest, um dieses kurz vor dem Ausschlüpfen der Brut oben weit zu öffnen. Abgetorbene Eier werden von dem Vater sorgfältig entfernt. Gelegentlich kommt es vor, daß das Männchen mehrere Weibchen in das Nest führt, die Eier also verdrängen ist. Bemerkenswert ist es, wie das Männchen dann den untersten Eierkuchen, also den ältesten und in der Entwicklung fortgeschrittensten, nach oben dreht und mit der Abtragung des Restes wartet, bis auch die jüngsten Eier weit genug entwickelt sind. Interessant ist auch folgender Versuch, den Dr. Wunder angestellt hat: Er nahm den Vater von dem Neste fort und setzte ein anderes Männchen an keine Stelle; dieses legte sofort die Arbeit des richtigen Vaters fort, und zwar nahm es die Berrichtungen auf, die dem Entwicklungszustand der Brut entsprachen.

Dr. Wunder setzt diese Beobachtungen und Versuche fort, die ein wertvolles Material für die alte Streitfrage: Instinkt oder Vernunft? geben und die beweisen, daß auch Tiere, die wir als niedrigstehend anzu sehen gewöhnt sind, Lebensäußerungen zeigen, die auf Ueberlegung schließen lassen könnten.  
Dr. S.

## Kalte Winter in Aussicht

Obwohl wir bisher weder von „sibirischer Kälte“ noch gar von einem „Refordwinter“ sprechen können, müssen wir doch zugeben, daß die Schärfe des Frostes, dem wir in den letzten Tagen und Wochen ausgesetzt waren, unseren in dieser Hinsicht beschiedenen mitteleuropäischen Ansprüchen vollkommen genügt. Denn eine jahrgestielte Periode vorwiegend milder und sehr milder Winter hat uns verwöhnt und namentlich bei der jüngeren Generation die Vorstellung aufkommen lassen, als ob die wirkliche, sehr strenge Winterfälle sozusagen eine innersibirische Angelegenheit sei, die für die Gebiete westlich der Weichsel keine Rolle spiele.

Wir leben jetzt mit einiger Verwunderung, daß jene Berichte von früheren strengen Wintern, in denen man vom zugefrorenen Bodensee oder gar von der zugefrorenen Dille liest, weder der Phantasie alter Chronisten entsprungen sind, noch vergangenen, als überwunden geltenden Zeiten eines weit rauheren Klimas angehören. Denn wenn auch im Augenblick die Dille noch nicht zugefroren ist, so gehört doch nicht mehr allzuviel dazu, daß es so weit kommt, obwohl von einem Refordwinter in diesem Jahre ganz bestimmt nicht gesprochen werden kann. Man kann diese Behauptung aufstellen, obwohl wir uns noch mitten im Winter befinden und nicht wissen können, was uns an Frost noch bevorsteht. Denn die wirklich sehr strengen Winter sehen noch ganz anders aus; sie beginnen schon sehr frühzeitig im Herbst, während der vergangene Herbst, namentlich der November, ungewöhnlich mild gewesen ist und auch noch der erste eigentliche Wintermonat, der Dezember, keineswegs besonders kalt war. Seine mittlere Temperatur lag nirgendwo in Mitteleuropa um wesentlich mehr als 1 Grad unter dem normalen Monatsmittel; meist betrug die Abweichung davon nur Bruchteile eines Grades, und im deutschen Südwesten sowie im östlichen Ostpreußen hat der Dezember sogar einen Wärmeüberschuß, in der Pfalz um 1 Grad. Auch die beobachteten niedrigsten Temperaturen lagen nirgendwo für die Jahreszeit ungewöhnlich tief und hatten keineswegs die Ausmaße des Dezembers 1927 erreicht. Auch der Januar 1929, so streng er uns auch vorkam, hat sich nicht durch außergewöhnliche Kälte ausgezeichnet; in dem eben erwähnten Dezember 1927 waren weit niedrigere Temperaturminima vorgekommen, und seine 3½ bis 4 Grad betragende negative Abweichung von der normalen Januarstemperatur rührte lediglich daher, daß der Monat vom ersten bis zum letzten Tag Frostwetter aufwies, das nur zweimal für je einen Tag eine Unterbrechung durch Regen fand, wobei das Thermometer aber auch nicht nennenswert den Gefrierpunkt überschritt. Wenn trotzdem beispielsweise in Berlin seit dem

Jahre 1893 kein Januar mehr so kalt gewesen ist, so zeigt das nur die außerordentlich lange Reihe vorwiegend milder Winter, die hinter uns liegt, ohne einen Beweis für eine abnormale Strenge des verflohenen Monats zu bilden. Erst der Februarbeginn hat uns in Mitteleuropa ungewöhnlich kalte Tage gebracht, deren Temperaturen zum Teil noch unter die sehr niedrigen Werte vom Dezember 1927 heruntergegangen sind. Und wenn man auch selbst die in diesen Tagen erreichten Kältegrade von 25 bis 30, stellenweise sogar bis 32 Grad unter Null noch nicht als „sibirische Temperaturen“ ansprechen kann — denn in Sibirien sinkt in jedem Winter das Quecksilber wochen- und monatelang auf 40 bis 55 Minus-Grade —, so ergibt sich doch daraus wie aus der allgemeinen Entwicklung der Großwetterlage in der jüngsten Zeit ein klimatisches Bild, das sich von dem aller Winter seit dem Jahre 1916/17 auffällig unterscheidet. Deutete es doch darauf hin, daß die lange Reihe der milden Winter, die in dem abnorm milden Winter von 1924/25 ihre charakteristischste Ausprägung zeigte, abgeschlossen ist, und daß wir augenscheinlich am Beginn einer Reihe kalter Winter stehen, die ebenso wie die milden Winter die Reigung zeigen, gruppenweise aufzutreten. Hellmann hat diese charakteristische Erscheinung ebenso für Berlin wie hann für Wien auf Grund langjähriger Beobachtungsreihen nachgewiesen, und die daraus zu ziehenden Schlüsse gelten natürlich nicht nur für die beiden genannten Städte, sondern sowohl für das nördliche wie für das südliche Mitteleuropa. So folgten von 1807 bis 1816 neun kalte Winter aufeinander, von 1798 bis 1805 deren sieben, von 1783—87 und von 1885—89 deren je vier. In sieben Fällen folgten sich je drei, ebenso siebenmal je zwei kalte Winter. Bemerkenswert ist nun, daß auch schon der vorige Winter einen recht kalten Monat — den Dezember 1927 — hatte; der beträchtliche Wärmeüberschuß der beiden Monate Januar und Februar 1928 hatte im Mittel das Temperaturmantra des ersten der drei Wintermonate allerdings wieder ausgeglichen. Diesmal ist damit aber nicht zu rechnen, selbst wenn der Februar in seinem weiteren Verlauf seinen Charakter noch grundlegend ändern sollte, was nicht eben wahrscheinlich ist.

Man weiß nun seit den schon vierzig Jahre zurückliegenden Untersuchungen Brünners über die Klimaschwankungen, für die er eine Periode von 35 Jahren ermittelte, daß unser Klima sich innerhalb übersehbarer Zeiträume zwar gleichbleibt, doch periodische Vorstöße bestimmter Klimatypen vorkommen, die sich über längere, Jahrzehnte umfassende Zeiträume erstrecken. Am auffälligsten prägen sich darin die Gruppen von Jahren mit kalten

Die Verteilung der Goldproduktion nach dem Kriege. Das Dichterwort, daß „alles am Golde hängt und nach Golde drängt“, gilt doch für die Staaten nur in bedingtem Maße. Das geht aus einem Ueberblick über die Verchiebungen des Goldbesitzes in den einzelnen Ländern hervor, den Bergat-Reisner in den Sitzungsberichten der Preussischen Geologischen Landesanstalt gibt. Die Vereinigten Staaten, die im Kriege und in der Nachkriegszeit im Austausch für die Lieferung von Kriegsmaterial einen Goldstrom aus Europa nach ihrem Lande lenkten, sahen sich von einer gefährlichen Goldinflation bedrängt. So haben sie denn etwa seit dem Jahre 1924 immer mehr Gold aus ihrer Wirtschaft herausgezogen und lassen wieder große Mengen dieses goldenen Stromes nach Europa zurückfließen. Unter den goldergreifenden Ländern steht gegenwärtig das britische Weltreich an erster Stelle. Während um die Jahrhundertwende seine Produktion nur etwa über 25 Proz. der Gesamtgewinnung betrug, macht sie jetzt gegen 70 Proz. aus.







# Wie lebt der deutsche Arbeiter?

## Eine vergleichende Untersuchung.

In Paris treten die wirtschaftlichen Sachverständigen zusammen, um die Entschädigungssumme und die Jahresraten festzusetzen, die Deutschland an seine ehemaligen Kriegsgegner zahlen soll. Dabei soll die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes berücksichtigt werden. Da die große Mehrheit des deutschen Volkes sich aus Lohn- und Gehaltsempfängern zusammensetzt, deren Lebenshaltung nach dem Vertrag von Versailles nicht schlechter sein soll, als die der Arbeiter der anderen Länder, wird man bei der Untersuchung der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes berücksichtigen, wie weit die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland ihre Lebenshaltung verbessert haben.

Der Bericht der Reichsredigationsgesellschaft (Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1928/29), der den Sachverständigen als Material vorliegt, enthält darüber die Berechnungen des Statistischen Reichsamtes. Danach betragen am 1. Oktober 1928 die gemessenen Stundenlöhne von 12 Arbeiterkategorien am 1. Oktober 1913 = 100 durchschnittlich 163,1, während der Reichsindex der Lebenshaltungskosten 152,1 betrug. Der Bericht bemerkt dazu:

„Die Ziffern des Lohnindex sind über die Ziffern des Lebenshaltungsindex hinausgewachsen. ... Der Reallohn der Vorkriegszeit würde nach diesen Ziffern im Herbst dieses Jahres um etwa 7 Proz. überschritten worden sein.“

Trotz der bedingten Formulierung ist diese Feststellung gedanklos und oberflächlich. Der Bericht läßt außer Anschlag, daß, wenn man den Reallohn der Vorkriegszeit ermitteln will, nicht die Stundenlöhne, sondern zunächst

### die Wochenlöhne

zugrunde gelegt werden müssen, abzüglich der gestiegenen Abgaben. Es muß weiter berücksichtigt werden, daß die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Vorkriegszeit gestiegen ist.

Gewiß kommen die gestiegenen Abgaben für Arbeitslosigkeit und Krankheit den Arbeitern zugute; doch beträgt die Unterstützung nur einen Teil des Lohnes, und ein Drittel bis ein Drittel der Arbeitslosen erhält keine Unterstützung. Man muß also zunächst entsprechend der verkürzten Arbeitszeit (die keineswegs identisch ist mit einer verkürzten Arbeitsleistung) rund 15 Proz. in Abzug bringen. Will man weiter das effektive Jahreseinkommen des deutschen Arbeiters berechnen, dann muß man weiter die größere Arbeitslosigkeit und die erhöhten Abgaben mit in Rechnung stellen.

Wenn wir diese Berücksichtigung vornehmen, so geben wir uns gar keiner Täuschung darüber hin, daß auch diese Rechnung nicht stimmen kann wegen der gebäuften Fehlerquellen, die sowohl in der amtlichen Lohnstatistik als auch in der Indexziffer der Lebenshaltungskosten enthalten sind. Ohne näher auf die rein theoretische Errechnung der Lebenshaltungskosten in Deutschland einzugehen, weisen wir darauf hin, daß der Lebenshaltungsindex im Juli 1928 in England gegenüber der Vorkriegszeit 168, in Schweden 173, in Holland 170 betrug, während der amtliche Index in Deutschland nur auf 151 stand. Setzt man daneben zur Gegenprobe die Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes über

### die Reallohn in den Hauptstädten

der Welt, und zwar auf der Basis London = 100, so betrug er in Berlin 68, in Stockholm 87, in Amsterdam 85. Dabei ist zu bemerken, daß das Verhältnis zwischen Berlin und London seit 1926 sich nur unwesentlich verändert hat und in den letzten Monaten eine absinkende Tendenz zeigt.

Will man aber feststellen, ob der deutsche Arbeiter und Angehörige besser oder schlechter lebt als vor dem Kriege, dann müssen eine Reihe Umstände berücksichtigt werden, die statistisch nicht erfaßt werden können, aber bei der Lebenshaltung eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Vier Jahre Krieg und fünf Jahre Inflation haben im Haushalt der deutschen Arbeiterklasse tiefe Wunden gerissen, die bis heute noch nicht ausgefüllt sind. Dieser Umstand wird sogar als Beweis des gesteigerten Wohlstandes angeführt, weil Deutschland in den letzten Jahren infolge des dringenden Bedürfnisses der großen Massen der Verbraucher nach Wäsche und Kleidern seinen Verbrauch an Wolle und Baumwolle gesteigert hat. Wie es nun gar mit den Möbeln und dem sonstigen Hausrat steht, wieviel länger ein junges Ehepaar braucht, um einen Hausstand zu gründen, das erachtet keine Statistik. Und doch ist es wesentlich, will man sich eine Vorstellung davon machen, ob die deutsche Arbeiterklasse besser oder schlechter lebt als vor dem Kriege.

Wir haben schon auf die häufigere und längere Arbeitslosigkeit hingewiesen. 1907 bis 1913 waren nach den Erhebungen der freien Gewerkschaften im Durchschnitt bei diesen 2,4 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Seit der Stabilisierung, von 1924 bis 1928, betrug der

### Jahresdurchschnitt der Arbeitslosen in den Gewerkschaften 11,3 Proz.

Nun ist gewiß dabei zu berücksichtigen, daß die Erweiterung des Erhebungsnetzes Verschiebungen im günstigen wie im ungünstigen Sinne zur Folge gehabt hat. Aber selbst wenn man diese Umstände berücksichtigt, so ist eine Verminderung der Beschäftigungsdauer und damit eine Verminderung des Jahreseinkommens unbestreitbar.

Doch im übrigen die amtliche Lohnstatistik, auf die sich der Bericht der Reichsredigationsgesellschaft stützt, mangelhaft ist, wird von niemandem bestritten. Entsprechend einem Beschluß des Reichstages hat deshalb das Statistische Reichsamte Erhebungen vorgenommen über die tatsächlich verdienten Löhne. Leider liegen darüber erst die Veröffentlichungen aus der Holzindustrie und der Textilindustrie vor, die wohl, wenn man einen Vergleich mit der Vorkriegszeit ziehen will, so ziemlich die günstigsten Ergebnisse liefern, und zwar weil die Löhne der Textilarbeiter vor dem Kriege besonders niedrig waren und das Organisationsverhältnis der Holz-

arbeiter ein besonders günstiges ist. Zu diesen Erhebungen schreibt uns Genosse Schleichner vom Deutschen Holzarbeiterverband u. a.:

„Im allgemeinen scheitern statistische Vergleiche zwischen der Vorkriegszeit und jetzt an der Tatsache, daß die Effektivdienstleistungen der Vorkriegszeit nicht einwandfrei festgestellt werden können, und daß andererseits selbst bei Ausschaltung aller Fehlerquellen die Tatsache der verminderten Arbeitsmöglichkeit statistisch nicht mitparwertet werden kann... Aus unseren monatlichen Wirtschaftsziffern ersieht Sie, daß der Reallohn, berechnet über den Reichsindex für Lebenshaltungskosten, 116,3 Proz. des Friedenslohnes beträgt. Bringt man nun den Lohnverlust für die öftere und längere Arbeitslosigkeit, die erhöhten Steuern und sozialen Abgaben und die Fehlerquellen im Reichsindex in Anschlag, so kommt man zu dem Resultat, daß wir selbst bei unseren besten Berufsgruppen im Lohngewerbe

### den Friedensreallohn noch nicht erreicht haben.“

Jede Statistik enthält unvermeidlich Fehlerquellen. Die des Statistischen Reichsamtes sind besonders zahlreich und haben die Tendenz, die Löhne und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse in rosigem Lichte erscheinen zu lassen. Gewiß ist es den Gewerkschaften seit der Stabilisierung gelungen, die Löhne der Arbeiter und Angestellten ganz außerordentlich zu erhöhen. So ist im Deutschen Holzarbeiterverband der Durchschnittslohn des Facharbeiters für das Holzgewerbe von 51,3 Pf. im Januar 1924 auf 116,7 Pf. im November 1928 gestiegen. Ähnlich, wenn auch vielleicht nicht ganz so günstig, steht es in den anderen Berufsgruppen aus. Aber diese außerordentliche Steigerung seit der Inflation, während der die Löhne auf einen Bruchteil der Reallohn der Vorkriegszeit gesunken waren, hat leider noch immer nicht vermocht, das Realeinkommen der deutschen Arbeiterklasse hinauszuhoben über das Realeinkommen der Vorkriegszeit. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Arbeitsleistung im Durchschnitt ganz erheblich gestiegen ist. Es wird noch gewaltige Anstrengungen der Gewerkschaften kosten, um das Realeinkommen der deutschen Arbeiterklasse ihrer Leistung entsprechend über das Realeinkommen der Vorkriegszeit hinauszuhoben.

J. Steiner-Sullien.

## Ein Vorschlag der Textilindustriellen. Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie hat den Vorständen der drei Textilarbeiter-Gewerkschaften ein Schreiben übermittelt, in dem es heißt:

„Von dem Gedanken ausgehend, daß die Erhaltung des deutschen Wirtschaftsfriedens gleichermassen im Interesse der Arbeitgeber wie

der Arbeitnehmer liegt, und daß daher alles versucht werden sollte, die drohenden neuen schweren Auseinandersetzungen in der Textilindustrie, solange dazu noch die Möglichkeit besteht, auf friedlichem Wege beizulegen, haben sich die den Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie angeschlossenen Verbände entschlossen, den Gewerkschaften folgendes Angebot zur friedlichen Beilegung der zurzeit schwebenden Tarifstreitigkeiten zu unterbreiten.“

Der Vorschlag des Arbeitgeberverbandes geht auf die Einsetzung eines zentralen Schiedsgerichts hinaus, das aus drei neutralen Schiedsrichtern, gemeinsam von den Parteien bestimmt, zusammengesetzt sein soll, und zu dem beide Parteien je fünf Vertreter als Verhandlungskommission, mit den nötigen Vollmachten versehen, entsenden. Das Schiedsgericht soll, soweit eine Einigung nicht zu erzielen ist, endgültig entscheiden und zwar für jeden Streikbezirk besonders. Beide Parteien erkennen die Schiedsprüche von vornherein als für sie bindend an. Bis zum Inkrafttreten des Schiedsgerichts wird ein Burgfrieden dahingehend vereinbart, daß die bereits ausgebrochenen oder angefangenen Streiks und Aussperrungen umgehend rückgängig gemacht und die Arbeit zum ehestens möglichen Zeitpunkt wieder aufgenommen wird. Bis zur Entscheidung des Zentralschiedsgerichts gelten die bisherigen Tariflöhne. Der Arbeitgeberverband bietet um eine Antwort bis zum 11. Februar. Die Entscheidung soll für mehr als 200 000 Textilarbeiter gefällt werden.

Dem Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie scheint nunmehr, etwas spät, doch die Einsicht gekommen zu sein, daß das System der hemmungslosen Aussperrungen nicht gerade der beste Weg ist, der zum Wirtschaftsfrieden führt. Die Gewerkschaften werden zu dem Vorschlag gemeinsam Stellung nehmen.

## Tariffbewegung im Elektrogroßhandel. Ein unklarer Schiedspruch.

Im Berliner elektrotechnischen Großhandel besteht schon seit Jahren für die Handelsarbeiter kein Tarif mehr, was nicht zuletzt auf das früher sehr schlechte Organisationsverhältnis der Arbeiterschaft dieser Branche zurückzuführen ist. Der unermüdlichen Agitation der Funktionäre ist es aber allmählich gelungen, den größten Teil der Arbeiterschaft für die Organisation zu gewinnen, so daß der Verkehrsband vor kurzem eine Tariffbewegung in dieser Branche einleiten konnte.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Manteltariffs waren so weit geblieben, daß einem Abschluß keine großen Schwierigkeiten mehr im Wege standen. Ueber die Löhne konnte aber eine Verständigung nicht erzielt werden, obwohl die Organisationsvertreter sich bereit erklärten, für diesen blühenden Industriezweig vorerst dieselben Löhne zu vereinbaren, die zurzeit für den Einzelhandel gelten.

Vom Schlichtungsausschuß wurde dann ein Spruch gefällt, der die Arbeitsbedingungen genau so wie im Textilgroßhandel regelt, mit Ausnahme der Arbeitszeit, die den Bestimmungen des

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltung: estate Hertha  
**Todesanzeigen**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter  
**Richard Marks**  
geb. 16. Dezember 1875, am 4. Februar 1929 verstorben ist.  
Die Einäscherung findet heute, Freitag, den 8. Februar, 17<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium Baumhulshausweg, Reichsholzstraße, statt.  
Am 5. Februar nach unserm Kollegen, dem Remonteurmeister  
**Richard Tabert**  
geb. 8. April 1865.  
Die Einäscherung findet am Montag, dem 11. Februar, 12<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium Baumhulshausweg, Reichsholzstraße, statt.  
Am 6. Februar nach unserm Kollegen, dem Arbeiter  
**Karl Viek**  
geb. 31. Oktober 1894.  
Die Einäscherung findet am Montag, dem 11. Februar, 12<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium Baumhulshausweg, Reichsholzstraße, statt.  
Obw. ihrem Unwohlsein  
Rege Anteilnahme erportet  
Die Ortsverwaltung.

Im Alter von 65 Jahren verstarb plötzlich und unerwartet am 6. Februar, 22 Uhr, unser treuer, geliebter Vater, Schwager und Großvater, der Bruder  
**Richard Tabert**  
Dieser seinen Lebenserben an  
**Charlotte Messer, geb. Tabert**  
**Gertrud Tabert, als Tochter**  
**Fritz Tabert, Sohn**  
Die Einäscherung findet am Montag, dem 11. Februar, 12<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium Baumhulshausweg, Reichsholzstraße, statt.

**Nachruf.**  
Unsern lieben Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**Wilhelmine Rieck**  
geb. Morgensdoro  
am 31. Januar 1929 an Herzschlag verstorben ist.  
Die Trauerfeier findet am 6. Februar im Krematorium Baumhulshausweg, Reichsholzstraße, statt.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
Friedrich Rieck, nebst Kindern, Schwiegerkinder und Enkelin

**Dankeswort.**  
Für die vielen herzlichsten Besuche und Anteilnahme beim Beimgang meiner lieben Frau  
**Wilhelmine Rippler**  
Sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Personal der Hospitalkirche, und den Beerdigungshelfern meinen herzlichsten Dank  
Frau Rippler  
Berlin, den 7. Februar 1929

**PEEK & CLOPPENBURG**  
Spezial-Haus für Kleidung besserer Art  
Berlin, Gendarmenstraße  
Düsseldorf, Schaumburgstraße

**Zur Einsegnung**  
Brustweite 82 cm

1214 Blauer kräftiger Cheviot... M. 38.-  
302 Reinwollener, blauer Cheviot... M. 48.-  
303 Reinwollener, blauer Cheviot... M. 53.-  
304 Reinwollener, blauer kräftiger Cheviot... M. 62.-  
505 Marengo Cheviot M. 65.-  
205 Reinwollener, schwarzer Cheviot M. 85.-

**Eigenerzeugnisse**



**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen und Warzen  
besiegt schnell, sicher und unblutig  
**Kukirol**  
Verlangen Sie in der nächsten Kukirol-Verkaufsstelle ausdrücklich die neue Packung mit dem Garantieschein, denn Sie erhalten dann bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!  
Eine Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet 1 Mark.



Arbeitszeitgesetz angepaßt werden soll. Der Manteltarif soll vom 1. März 1929 bis zum 31. März 1930 gelten. Die Löhne werden nach dem Schiedsspruch mit Wirkung ab 2. Februar für Lagerarbeiter auf 42 M., für Arbeiter auf 45 M. und ab 1. Oktober bis 31. März 1930 für beide Kategorien auf 43 M. bzw. 46 M. festgesetzt.

Der Schiedsspruch weist infolgedessen einen großen Mangel auf, als in vielen Betrieben bereits bedeutend höhere Löhne gezahlt werden, als sie der Schiedsspruch vorsieht, daß aber in dem Schiedsspruch nichts davon gesagt ist, daß bereits höhere Löhne bestehen bleiben müssen. Die Arbeiterschaft hat deshalb den Spruch nur unter der Bedingung angenommen, daß dadurch keine Lohnkürzung...

gen eintreten, was noch ausdrücklich vereinbart werden müsse. Die Erklärung der Unternehmer steht noch aus.

Die Westwälder Steinindustrie ist von einem scharfen Lohnkampf bedroht. Die westdeutschen Sozialindustriellen haben den Tarif am 1. Februar gekündigt und beschließen, einem neuen Abkommen nur dann zuzustimmen, wenn die Arbeiter keine Lohnerbhöhungen beantragen. Da die Arbeiter auf ein solches Ansinnen unmöglich eingehen können, ist mit einem Lohnkampf zu rechnen. Betroffen würden davon etwa 15 000 Arbeiter.

Wichtig: SPD-Betriebsfunktionäre dem Betriebssekretariat sind nach einer Anzahl Betriebsstellen für 1929 ausgestellt worden. Diese können sofort abgeholt werden. Betriebs- und Beamtensekretariat. Wichtige Beschlüsse: 1. Kassenbuch, 2. Kassenbuch, 3. Kassenbuch, 4. Kassenbuch, 5. Kassenbuch, 6. Kassenbuch, 7. Kassenbuch, 8. Kassenbuch, 9. Kassenbuch, 10. Kassenbuch.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Freitag, 19. Feb., gegen die Gruppen: Juppelplatz: Gruppenheim, Jugendheim des Reichsausschusses, Berliner Gd. Gewerkschaft. Vortrag: „Die Erziehung der Religion“. — Chausseebühnen: Gruppenheim, Jugendheim Spreitz, 30. Grotalen und Schürren, Schule Sonnenburger Str. 2, „Kaufhaus“. — Hermannplatz: Gruppenheim, Jugendheim Sonnenstr. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anarcho-Revolutionäre

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Danken-Riedelbühnen: Jugendheim Grotalen, 14 (großer Saal), Winterabend. — Oberkreuz: Jugendheim Sonnenstr. 2, Ausprobieren, Jugendheim Grotalen und Jugendgruppe. — Kassenbuch: Jugendheim Sonnenstr. 2, Zimmer 2, Lieberabend. — Schwefel: Jugendheim Sonnenstr. 2, 10. Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Kassenbuch. — Kassenbuch und Lieberabend: Jugendheim Sonnenstr. 2, 1-4, Berufsamtliche Arbeitsgemeinschaft.

Mitteilungen

Überblick über den Stand der Dinge des Deutschen Arbeiterverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 68.04. Telefon 8277-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

Brunswick alle internationalen Tanzschlager. Unerreicht in Rhythmus, Tonfülle und Klangschönheit. Fragen Sie nach diesen Marken in unseren offiziellen Verkaufsstellen. DEUTSCHE GRAMMOPHON-AKTIENGESELLSCHAFT. Grammophon logo and a figure with a gramophone.

Grammophon-Spezialhaus Berlin W Friedrichstraße 189 Tauentzienstraße 14

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Oper, Oper, Fiedermans, Oedipus, Ein besserer Herr.

METROPOLTHEATER 8: Lustige Witwe mit FRITZI MASSARY. Max Hansen, Elise, Jankuhn, Jenzmann, Schaeffers. ZWEI CHARELLINSZENIERUNGEN. Sonntag nachm. 3 Uhr ungek. Vorstellung kleine Preise.

GR. SCHAUSPIELHAUS 8: Nur noch 3 Wochen! CASANOVA in der großen Starbesetzung. Sonntag nachm. 3 Uhr ungek. Vorstellung kleine Preise.

Zentral-Theater. Ich küsse Ihre Hand, Madame. Ein Spiel von Liebe und Lenz mit dem gleichnamigen Schlager Rundfunkörer halbe Preise.

Der neue Gerhard Lamprecht-Film DER MANN MIT DEM LAUBFROSCH. Ein rätselhafter Kriminalfall. National-Werke-Film. Wochentags: 7 15 9 15. Sonntag: 5 15 7 15 9 15. UFA-PALAST AM ZOO.

Theater des Westens. Täglich 8 1/2 Uhr. Der sensationelle Erfolg! Käthe Dorsch in Friederike. Stück von Franz Daxer. Kammerf. Karl Zöfen. Sprechende Puppen. Rasse den ganzen Tag geöffnet. Telefon, Ostplatz 911 u. 7105.

SCALA. 8 Uhr 15 Barbarossa 9256. 4 Bronetts Con Colleano. Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen. 3<sup>o</sup> und 8 Uhr — 3<sup>o</sup> zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

Winter Garten. 8 Uhr. Rauchen erlaubt. 8 in Berlin noch nicht gezeigte Varieté-Neuheiten und weitere Sensationen. Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen. 3<sup>o</sup> und 8 Uhr. 3<sup>o</sup> kleine Preise.

Der Zinker v. Edgar Wallace. Dtsch. Künstler-Th. 8 1/2 Uhr. Der Sternhimmel im Winter. 14 Uhr. Mars und seine Wolken im Weltraum.

Komische Oper (8 1/2) Die große Revue Paradies der süßen Frauen! 100 Mitwirkende. Renaissance-Theater. Das große ABC von arcel Parnot. Theater a. Kottbuser Tor. Elite-Sänger. Faschings-Programm! Emil Seim, der beliebte Komiker und Tanzhumorist als Gast.

NEUE WELT. Gr. Bockbierfest! 7 Kapellen / 50 bayr. Modl. Einlaß 6 Uhr. Sonnabends und Sonntags: Grosser Alpenball.

PLAZA. Das Varieté im Ostbahnhof. Tägl. 5 und 8 1/2. INTERNATIONALES VARIETE. Karten 7 Tage im Voraus.

Die Komödie Olympia. von Franz Molnar. Regie Forster Larinaga. Theater am Schlosserdamm 8 Uhr. Die Drei-Groschen-Oper. Thalia-Theater 8 Uhr. Oelrausch. Staats. Schiller-Th. 8 Uhr. Ein besserer Herr. Staatsoper am Platz der Republik 7 1/2 Uhr. Die Fledermaus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Achtung! Walfahrtarbeiter Achtung! Sonntag, den 10. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Vorderaal des Verbandshauses, Clarenstr. 83 85. Außerordentliche Branchenversammlung für alle in den Norden-Betrieben der Draht-, Blech- u. Bandwalzwerke, der Draht-, Rohr- und Stangenziehereien, der Stark- und Schwachstrom-Isolierfabriken sowie in den Emailier- u. Drahtfabriken befaßt. Kolleginnen u. Kollegen. Tagesordnung: 1. Gedenken an den Gruppen-Vorstand, 2. Vorstandswahl, 3. Bericht, 4. Beschlüsse.

Möbel. Musikinstrumente. Verschiedenes. Kaufgesuche. Verschiedenes.

Ziehung am 16. Februar. Rote-Kreuz-Geld-Lotterie. 15 000 M. Höchstgewinn Hauptgewinn und Prämien. 8000, 5000, 2000, 1000. Glücksbrief 5 M. mit 10 Losen. Lud. Müller & Co. Berlin SW 19, Jerusalem Straße 18.

Kleines Theater. Lady Windermere's Fächer. Barnowsky-Schaen. Revolte im Erziehungshaus. Komödienhaus. Das Geld auf der Straße.

Deutsches Theater. Die Verbrecher. Kammerstücke. Das Haus der Laster. Lesing-Theater. Das Haus der Laster.

Verkäufe. Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Möbel. Musikinstrumente. Verschiedenes. Kaufgesuche. Verschiedenes.